

Eßer, Jana; Frondel, Manuel; Sommer, Stephan

Research Report

Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen zur Klimapolitik: Empirische Evidenz aus dem Jahr 2021

RWI Materialien, No. 151

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Eßer, Jana; Frondel, Manuel; Sommer, Stephan (2022) : Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen zur Klimapolitik: Empirische Evidenz aus dem Jahr 2021, RWI Materialien, No. 151, ISBN 978-3-96973-098-0, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/249685>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jana Eßer
Manuel Frondel
Stephan Sommer

Diskussionspapier

**Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen
zur Klimapolitik: Empirische Evidenz aus
dem Jahr 2021**

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf

© RWI 2022

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Materialien Heft 151

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Bracht, Claudia Lohkamp, Daniela Schwindt

Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen zur Klimapolitik:
Empirische Evidenz aus dem Jahr 2021

ISSN 1612-3573 - ISBN 978-3-96973-098-0

Materialien

Diskussionspapier

Jana Eßer, Manuel Frondel und Stephan Sommer

Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen zur Klimapolitik: Empirische Evidenz aus dem Jahr 2021

Heft 151



Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über: <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

ISSN 1612-3573

ISBN 978-3-96973-098-0

Jana Eßer, Manuel Frondel und Stephan Sommer¹

Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen zur Klimapolitik: Empirische Evidenz aus dem Jahr 2021

Zusammenfassung

Die jüngste Verschärfung der nationalen Klimaschutzziele erfordert die Ergreifung zusätzlicher umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen sowie eventuelle Nachbesserungen bei den bereits bestehenden Maßnahmen. Beides führt unweigerlich zu höheren Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Damit einher gehen Fragen zu den Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen bezüglich dieser Maßnahmen, zu deren Beantwortung im Juni 2021 eine Erhebung unter rund 8.000 Mitgliedern des forsa-Haushaltspanels durchgeführt wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass mit einem Anteil von rund 45% fast die Hälfte der Befragten Verbote generell als gerecht wahrnehmen und die absolute Mehrheit von rund 55% der Befragten diese für effektiver hält als finanzielle Anreize. So sprechen sich zwei Drittel der Befragten für ein Fahrverbot für Autos mit besonders hohem Schadstoffausstoß aus, um die Schadstoffbelastung in Innenstädten zu verringern, nur ein Drittel würde sich für die Alternative in Form einer City-Maut entscheiden. Dennoch werden Verbote nicht immer gegenüber alternativen Maßnahmen zur Reduktion klimaschädlichen Verhaltens präferiert. So bevorzugen die Befragten bei der Verkehrswende sowie der Wärmewende finanzielle Anreize gegenüber Verboten. In Bezug auf die Finanzierung der Kosten des Klimaschutzes ist die relative Mehrheit der Befragten der Meinung, dass zukünftige Generationen nicht daran beteiligt werden sollten. Dieses Votum ist von höchster Relevanz angesichts der Frage, wie die enormen Lasten zu finanzieren sind, die aus der massiven Transformation unserer Volkswirtschaft auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität erwachsen werden.

JEL Classification: D12, C25

Keywords: Panelerhebung; Verbote; finanzielle Anreize

Januar 2022

Manuel Frondel, RWI und RUB; Jana Eßer, RWI; Stephan Sommer, Hochschule Bochum und RWI. - Wir danken der E.ON Stiftung für die Förderung dieser Studie im Rahmen des Projektes „Fortsetzung und Weiterentwicklung des Sozialökologischen Panels“ und Joschka Flintz für wertvolle wissenschaftliche Vorarbeiten und Anmerkungen - Korrespondenz: Manuel Frondel, RWI, Hohenzollernstr. 1-3, 45128 Essen, E-Mail: manuel.frondel@rwi-essen.de

1 Einleitung

Vor der Bundestagswahl 2021 haben mit Ausnahme der Alternative für Deutschland (AfD) alle Parteien Konzepte und Programme erarbeitet, mit denen die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität in Deutschland angestrebt wird. Beispielsweise hat die Partei Bündnis90/Die Grünen ein Klimaschutz-Sofortprogramm entworfen, in dem der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien einen von zehn wesentlichen Kernpunkten darstellt (Baerbock, Habeck 2021). Darüber hinaus soll ein Förderprogramm aufgelegt werden, mit dem bis zum Jahr 2025 zwei Millionen hocheffiziente Wärmepumpen gefördert werden sollen, und der Preis für Kohlendioxid (CO₂) im nationalen Brennstoffemissionshandel soll im Jahr 2023 auf 60 Euro angehoben werden, während bislang für das Jahr 2023 ein Preis von 35 Euro gesetzlich festgelegt ist. Es wird im Gegenzug versprochen, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung wieder vollständig an die Menschen zurückzugeben, in Form eines jährlich pro Kopf ausgezahlten Energiegeldes. Schließlich ist nach dem Klimaschutz-Sofortprogramm neben vielen anderen Maßnahmen auch ein Verbot des Einbaus von Ölheizungen in Neubauten vorgesehen. Damit enthält das Klimaschutz-Sofortprogramm das gesamte Spektrum an energie- und umweltpolitischen Maßnahmen, welches von Ver- und Geboten über Fördermittel für CO₂-arme Technologien bis hin zu marktwirtschaftlichen Preisinstrumenten reicht.

Mit dem Spektrum an umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen und den damit verbundenen Kosten sind zahlreiche Fragen verbunden, etwa erstens: Welche Präferenzen haben unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die verschiedenen Maßnahmentypen? Gibt es beispielsweise starke Präferenzen für Preisinstrumente und sind Verbote eher unbeliebt? Zweitens: Wie werden diese Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern unter dem Aspekt der Gerechtigkeit bewertet? Drittens: Wie gerecht werden verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten empfunden? Die Antworten auf diese Fragen hängen unter anderem von den soziökonomischen Umständen ab, das heißt von Haushaltseinkommen, Bildungsstand oder Umweltbewusstsein.

Um derartige Fragen empirisch beantworten zu können, wurde im Juni 2021 im Auftrag der E.ON Stiftung eine Erhebung unter rund 8.000 Mitgliedern des forsa.omninet-Haushaltspanels durchgeführt, die über 18 Jahre alt sind. Das forsa-Panel umfasst rund 80.000 Mitglieder, die repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland sind. Die Erhebung wurde vom RWI zusammen mit der E.ON und der 100 Prozent erneuerbar Stiftung konzipiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass mit einem Anteil von rund 45% fast die Hälfte der Befragten Verbote generell als gerecht wahrnehmen und die absolute Mehrheit von rund 55% der Befragten diese für effektiver hält als finanzielle Anreize. So sprechen sich zwei Drittel der Befragten für ein Fahrverbot für Autos mit besonders hohem Schadstoffausstoß aus, um die Schadstoffbelastung in Innenstädten zu verringern, nur ein Drittel würde sich für die Alternative in Form einer City-Maut entscheiden. Dennoch werden Verbote nicht immer gegenüber alternativen Maßnahmen zur Reduktion klimaschädlichen Verhaltens präferiert. So bevorzugen die Befragten bei der Verkehrswende sowie der Wärmewende finanzielle Anreize gegenüber Verboten.

In Bezug auf die Finanzierung der Kosten des Klimaschutzes ist die relative Mehrheit der Befragten der Meinung, dass zukünftige Generationen nicht daran beteiligt werden sollten. Dieses Votum ist von höchster Relevanz angesichts der Frage, wie die enormen Lasten zu finanzieren sind,

die aus der massiven Transformation unserer Volkswirtschaft auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität erwachsen werden.

Der folgende Abschnitt beschreibt die Datenerhebung und die der empirischen Analyse zugrundeliegende Stichprobe. In Abschnitt 3 wird die Gerechtigkeitswahrnehmung hinsichtlich des Umgangs mit sozial unerwünschtem Verhalten (z.B. Verbrauch fossiler Brennstoffe) präsentiert und dargestellt, wie die befragten Haushaltsmitglieder dem Klimawandel gegenüberstehen. Danach wird die Akzeptanz verschiedener energie- und klimapolitischer Maßnahmen sowie die Präferenzen bezüglich verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten dieser Maßnahmen präsentiert (Abschnitt 4). Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Fazit.

2 Datenerhebung und Stichprobenbeschreibung

Die Erhebung wurde vom Marktforschungsinstitut forsa durchgeführt. Befragt wurden die Mitglieder des forsa.omninet-Haushaltspanels. Dieses beinhaltet rund 80.000 Mitglieder, die repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland sind. Mithilfe einer computergestützten, zufälligen telefonischen Kontaktaufnahme, welche die Repräsentativität der Stichprobe sicherstellt, wurden einzelne Panel-Mitglieder für die Befragung ausgewählt. Pro Haushalt wurde ein Haushaltsmitglied mit einem Alter über 18 Jahren rekrutiert. Dieses hatte dann vom 11. bis 30. Juni 2021 die Möglichkeit, via Internet an der Befragung teilzunehmen. Ausgehend von einer Bruttostichprobe von 12.652 Personen haben 8.026 Befragte den Fragebogen bearbeitet. Das entspricht einer Ausschöpfungsrate von 63,4%. 651 Personen haben die Befragung vorzeitig abgebrochen.

Teilnehmende, die eine Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet haben, werden bei der Auswertung ausgeschlossen, sodass sich im Folgenden alle Anteile auf diejenigen Befragten beziehen, die eine aussagekräftige Antwortmöglichkeit ausgewählt haben. Durch Item-Nonresponse bzw. die unvollständige Beantwortung des Fragebogens ergibt sich je nach Frage eine unterschiedliche Anzahl an Beobachtungen.

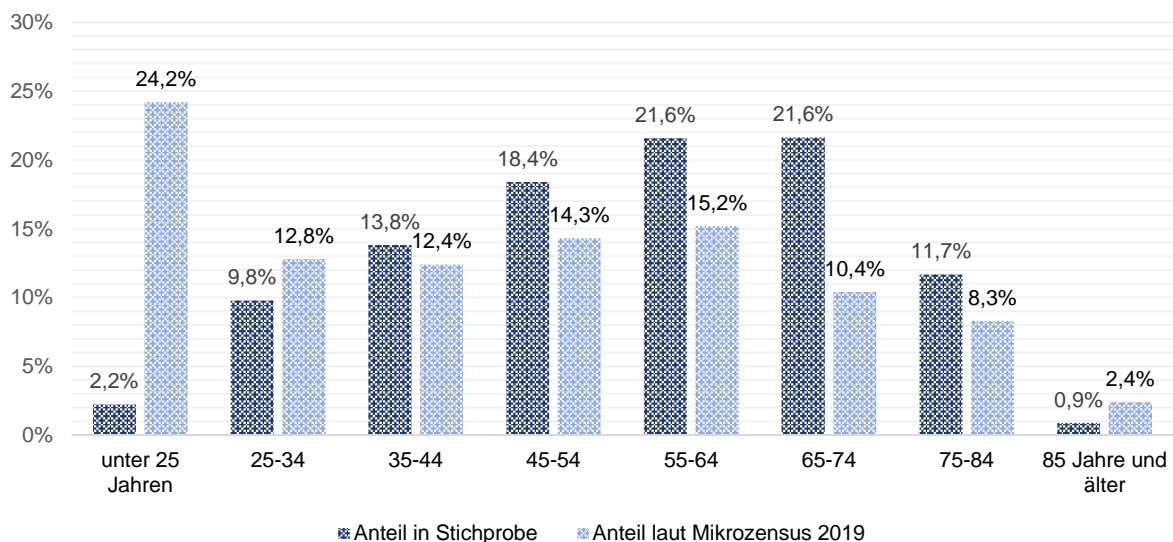
Die Verteilung der Stichproben-Haushalte über die verschiedenen Bundesländer ist im Wesentlichen konsistent mit der regionalen Verteilung aus dem Mikrozensus 2020 (Tab. 1). Nennenswerte Abweichungen zwischen Stichprobe und Mikrozensus-Ergebnissen gibt es für die Anteile aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg, die eine Abweichung von etwas mehr als einem Prozentpunkt von den Mikrozensus-Anteilen aufweisen. Die meisten in der Erhebung befragten Haushalte stammen mit einem Anteil von 20,0% aus Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg.

Das Alter der befragten Haushaltsmitglieder liegt zwischen 18 und 99 Jahren. Die beiden größten Altersgruppen bilden die 55-64-Jährigen sowie die 65-74-Jährigen mit jeweils 21,6% (Abb. 1). Das Median-Alter liegt bei 57 Jahren. Beim Vergleich mit dem Mikrozensus aus dem Jahr 2020 wird deutlich, dass die Altersgruppen der über 35-Jährigen in der Stichprobe überrepräsentiert sind, die unter 35-Jährigen hingegen unterrepräsentiert. Besonders ausgeprägt ist die Überrepräsentation bei den 55-74-Jährigen, wohingegen die unter 25-Jährigen sehr stark unterrepräsentiert sind. Letzteres ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass alle Befragten mindestens 18 Jahre alt sind.

Tab. 1 Verteilung der Haushalte über die Bundesländer in der Stichprobe (n=8.677) und in Deutschland laut Mikrozensus 2020. Quelle: Destatis (2021)

Bundesland	Anzahl der Haushalte in der Stichprobe	Anteil der Haushalte in der Stichprobe	Anteil laut Mikrozensus 2020
Baden-Württemberg	1.028	11,9%	12,9%
Bayern	1.296	14,9%	15,5%
Berlin	396	4,6%	4,9%
Brandenburg	380	4,4%	3,1%
Bremen	60	0,7%	0,9%
Hamburg	203	2,3%	2,4%
Hessen	736	8,5%	7,5%
Mecklenburg-Vorpommern	179	2,1%	2,0%
Niedersachsen	840	9,7%	9,5%
Nordrhein-Westfalen	1.731	20,0%	21,2%
Rheinland-Pfalz	426	4,9%	4,7%
Saarland	98	1,1%	1,2%
Sachsen	482	5,5%	5,2%
Sachsen-Anhalt	208	2,4%	2,8%
Schleswig-Holstein	376	4,3%	3,5%
Thüringen	238	2,7%	2,7%
Insgesamt	8.677	100,0%	100,0%

Abb. 1 Altersverteilung der Haushaltsmitglieder in der Stichprobe(n=8032) und laut Mikrozensus 2020. Quelle: Destatis (2021)



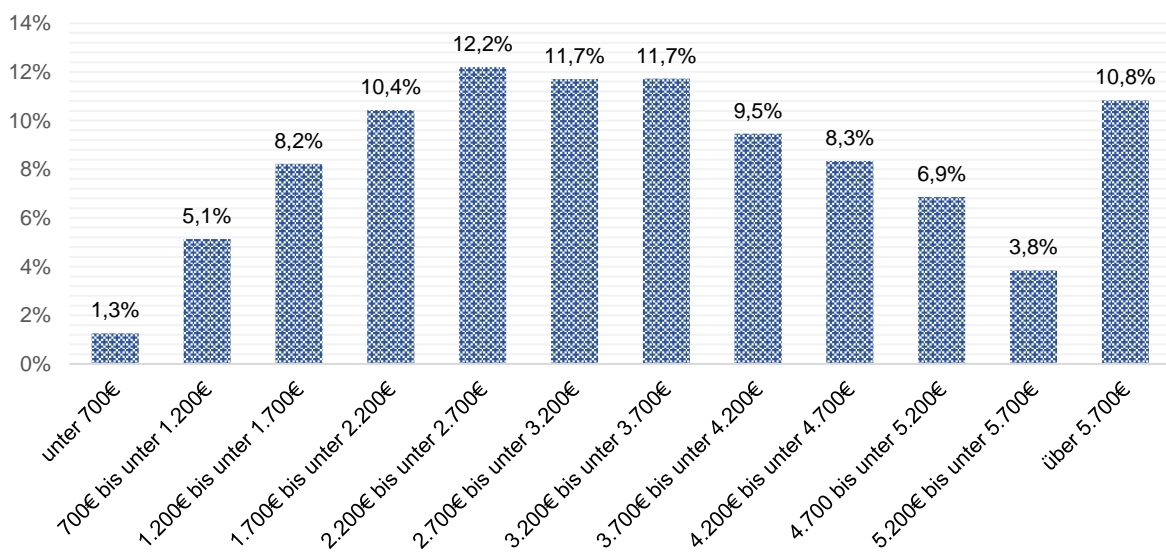
Die Geschlechterverteilung der Teilnehmenden liegt bei 55,1% Männern zu 44,9% Frauen und diversen Personen. In Anbetracht eines Verhältnisses von 49,5% Männern zu 50,5% Frauen im Mikrozensus von 2020 ist die Erhebung nicht repräsentativ für die tatsächliche Geschlechterverteilung in der deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus sind, analog zu früheren Studien (u.a. Frondel et al. 2021) höher Gebildete unter den Befragten tendenziell überrepräsentiert. Während laut Mikrozensus in der Bevölkerung lediglich 33,5% einen Schulabschluss besitzen, der zum Besuchen einer (Fach-)Hochschule berechtigt, gaben 52,9% der Befragten an die (Fach-)Hochschulreife erlangt zu haben (Tab. 2).

Tab. 2 Höchster Bildungsgrad in der Stichprobe (n=7984) und laut Mikrozensus 2020. Quelle: Destatis (2021)

Höchster Schulabschluss	Anteil in Stichprobe	Anteil laut Mikrozensus 2020
Ohne Schulabschluss	0,16%	7,3%
Haupt-/Volksschulabschluss	13,5%	26,0%
Mittlere Reife	33,5%	30,8%
(Fach-)Hochschulreife	52,9%	35,5%
Akademiker	37,3%	19,2%

Darüber hinaus liegt auch der Stichprobenanteil derer mit einem Fachhochschulabschluss, Universitätsabschluss oder Dokortitel mit 37,3% deutlich über dem Akademikeranteil der Bevölkerung von 19,2%. 53,2% der Befragten sind erwerbstätig, 77,1% davon in Vollzeit beschäftigt. Zum Vergleich: Die im Mikrozensus ermittelte Erwerbstätigenquote liegt bei 50,6%. Abbildung 2 zeigt die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens unter den Umfrageteilnehmern. Der Median liegt dabei in der Gruppe von 3.200€ bis 3.700€. Den größten Anteil machen mit 12,2% Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 2.200€ bis 2.700€ aus, dicht gefolgt von den Haushalten mit Einkommen von 2.700€ bis 3.200€ und zwischen 3.200€ und 3.700€ (jeweils 11,7%). Eine unterschiedliche Staffelung der verschiedenen Einkommensgruppen erschwert zwar einen direkten Vergleich zwischen Stichprobe und den Ergebnissen des Mikrozensus, dennoch wird deutlich, dass einkommensschwache Haushalte zu Gunsten von Haushalten mit hohen Einkommen in der Stichprobe tendenziell unterrepräsentiert sind (Tab. 3). Während laut Mikrozensus beispielsweise etwa 15,5% der Haushalte weniger als 1.250€ monatlich zur Verfügung stehen, macht der Anteil an Haushalten mit Nettoeinkommen unter 1.200€ in der Stichprobe gerade einmal 6,4% aus. Gleichzeitig liegt der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von 2.700€ bis 5.200€ in der Stichprobe bei 48,1%, während die Vergleichsgruppe im Mikrozensus nur 36,7% ausmacht. Eine mögliche Begründung für die Überrepräsentation von Haushalten in höheren Einkommensgruppen kann im überproportional hohen Bildungsstand der Befragten gefunden werden, der für gewöhnlich mit höheren Verdiensten in Verbindung steht.

Abb. 2 Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens in der Stichprobe (n=7.185).



Tab. 3 Haushaltseinkommen der Stichprobe (n=7.185) und laut Mikrozensus 2020. Quelle: Destatis (2021)

Anteile in der Stichprobe		Anteile im Mikrozensus 2020	
Unter 700 Euro	1,3%	Unter 500 Euro	1,8%
700 – 1.200 Euro	5,1%	500 – 1.250 Euro	13,7%
1.200 – 2.700 Euro	30,7%	1.250 – 2.500 Euro	33,4%
2.700 – 5.200 Euro	48,1%	2.500 – 5.000 Euro	36,7%
Über 5.200 Euro	14,7%	Über 5.000 Euro	13,6%

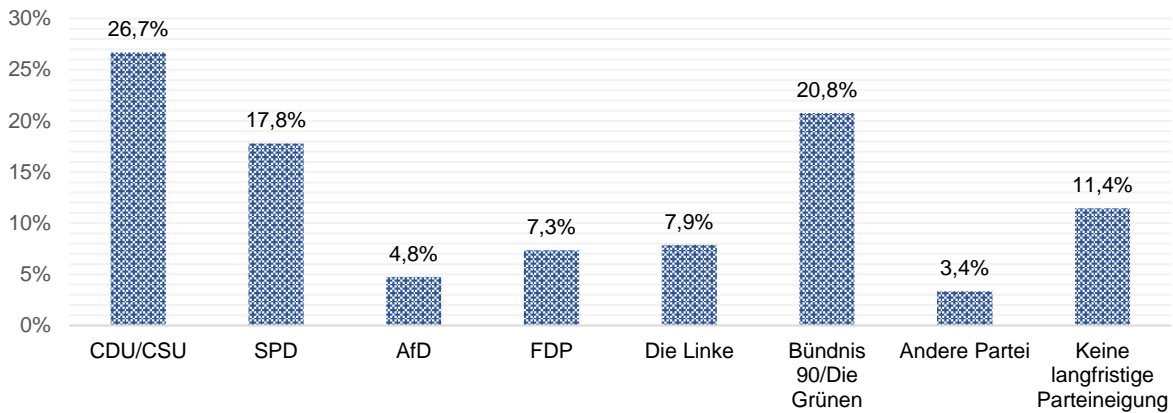
Auch hinsichtlich des Verhältnisses von Wohneigentümerinnen und -eigentümern zu Haushalten, die zur Miete wohnen, ist die Stichprobe nicht repräsentativ für Deutschland. 39,2% der Befragten gaben an zur Miete zu wohnen, 58,8% besitzen Wohneigentum. Im Gegensatz dazu beträgt die Eigentümerquote in Deutschland laut Zusatzerhebung zum Mikrozensus 2018 lediglich 46,5% (Destatis 2020). Darüber hinaus sind Ein-Personen-Haushalte in der zu Grunde liegenden Erhebung unterrepräsentiert, während der Anteil an Zwei-Personen-Haushalten überrepräsentiert ist. Die Anteile liegen dabei in der Stichprobe bei 26,5% bzw. 47,2%, in der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung hingegen bei 40,6% bzw. 34,0%. Die Anteile an Drei-Personen- und Vier-Personen-Haushalten sind mit 12,7% und 13,6% vergleichbar mit den Ergebnissen des Mikrozensus (Tab. 4). Im Übrigen gaben 61,5% der Befragten an, Kinder zu haben.

Tab. 4 Verteilung der Haushaltsgröße in der Stichprobe (n=8.433) und laut Mikrozensus 2020. Quelle: Destatis (2021)

Haushaltsgröße	Anteil in Stichprobe	Anteil laut Mikrozensus 2020
1 Person	26,5%	40,6%
2 Personen	47,2%	34,0%
3 Personen	12,7%	12,1%
4 und mehr Personen	13,6%	13,3%

Neben typischen Fragen zu sozioökonomischen Charakteristika wurden den Teilnehmenden Fragen zu ihrer politischen Ausrichtung gestellt. So mussten die Befragten anhand einer 11-Punkte-Skala ihren politischen Standpunkt als links, rechts oder mittig bewerten. Dabei sehen sich 22,2% genau in der politischen Mitte. 53,6% schätzen ihre politische Ausrichtung als links der Mitte ein, während sich lediglich 24,2% rechts der Mitte einordnen. Darüber hinaus gaben 88,7% der Befragten an, ob sie dazu neigen, langfristig eine bestimmte Partei zu wählen. Unter diesen Teilnehmenden bilden mit 26,7% die CDU/CSU-Wählerinnen und -Wähler die größte Gruppe, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen- und SPD-Wählerinnen und -Wählern mit 20,8% und 17,8%. 11,4% verneinten eine langfristige Parteineigung (**Abb. 3**).

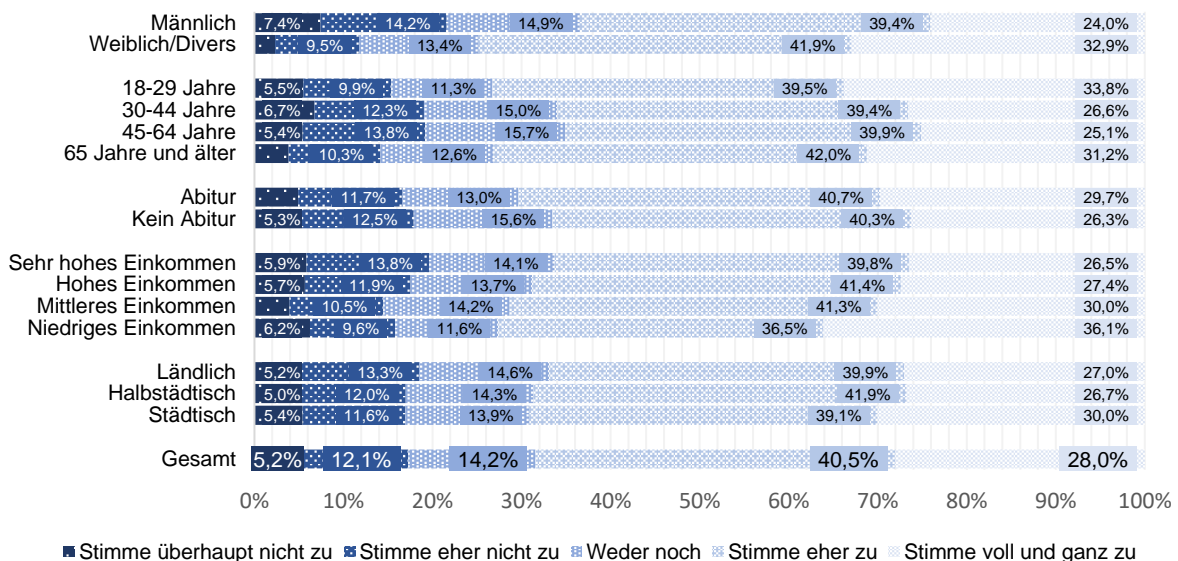
Abb. 3 Antwort auf die Frage: "In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?" (n=7.700)



3 Umweltschutz und Umgang mit sozial (un)erwünschtem Verhalten

Derzeit sind 68,5% der Befragten beunruhigt über die Umweltbedingungen, die zukünftige Generationen vorfinden könnten (**Abb. 4**), und 73,2% sind der Meinung, dass unsere industrialisierte Welt die Grenzen des Wachstums längst erreicht oder gar überschritten hat (**Abb. 5**). Eine absolute Mehrheit von 57,8% der Antwortenden stimmt der Aussage zu, dass Umweltschutz für Deutschland Vorrang haben sollte, selbst wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt (**Abb. 6**), und 69,4% der Antwortenden sehen es als notwendig an, dass wir bereit sein müssen, unseren Lebensstandard einzuschränken, um unsere natürliche Lebensgrundlage zu erhalten (**Abb. 7**). Sehr ähnliche Ergebnisse fand auch das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende für das Jahr 2019 (IASS 2021).

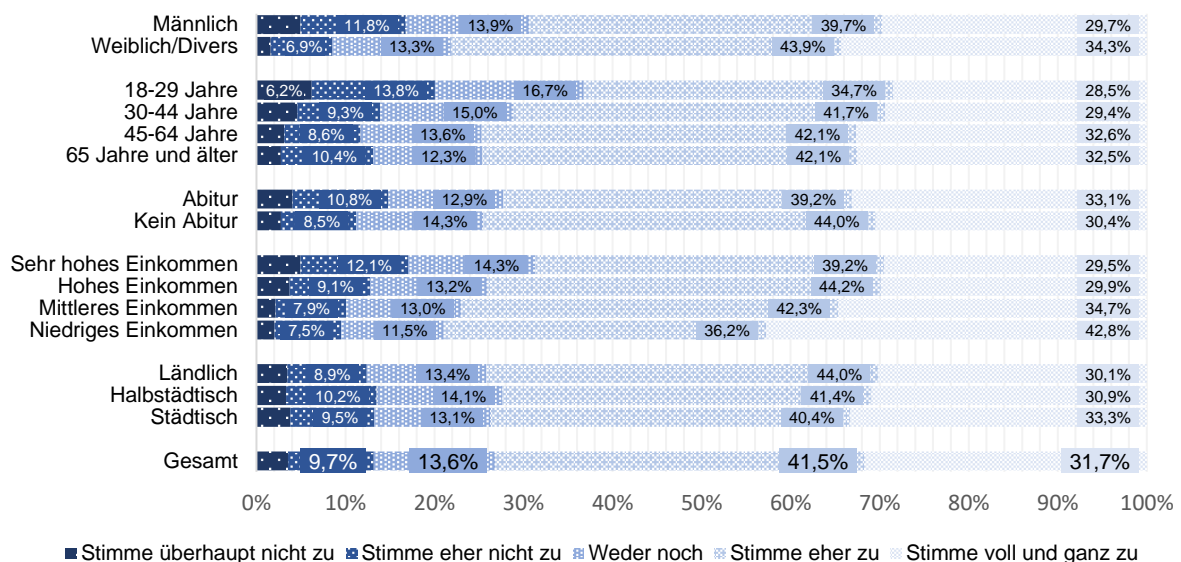
Abb. 4 Antwort auf die Frage: „Inwieweit stimmen Sie persönlich den folgenden Aussagen zu? Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltbedingungen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.“ (n=7.962; 145 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Auffällig bei den Ergebnissen der vorliegenden Studie ist, dass Frauen bzw. Diverse bei allen vier Aussagen eine um 20 bis 30 Prozentpunkte statistisch signifikant höhere Zustimmung aufweisen als Männer. Außerdem zeigen Personen mit niedrigem Einkommen und ältere Befragte ein signifikant höheres Umweltbewusstsein als die jeweilige Vergleichsgruppe (**Tab. A1 - Tab. A4**, Modell III).

Würde man das konkrete Engagement für Klimaschutz an einer Mitgliedschaft in einer Gruppe oder Organisation bemessen, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt, ist festzustellen, dass 13,0% der befragten Haushaltsmitglieder angeben, Mitglied in einer solchen Gruppe oder Organisation zu sein (**Abb. 8**). Dieser Wert ist deutlich geringer als der Anteil von 28% der Befragten, die im Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer angaben, sich regelmäßig für den Umwelt- und Naturschutz zu engagieren (IASS 2021).

Abb. 5 Antwort auf die Frage: „Inwieweit stimmen Sie persönlich den folgenden Aussagen zu? Es gibt natürliche Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt längst erreicht oder überschritten hat.“ (n=7.822; 241 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Befragte Personen über 45 Jahre sowie Befragte mit Abitur und höherem Einkommen engagieren sich eher für Umwelt- und Klimaschutz als die jeweiligen Vergleichsgruppen (**Tab. A5**, Modell III). Wie zu erwarten, engagieren sich außerdem diejenigen, die ein hohes Umweltbewusstsein aufweisen, häufiger als Personen mit einem mittleren oder niedrigen Umweltbewusstsein. Zudem zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen Stadt und Land. So sind Personen aus dem städtischen Raum weniger häufig Mitglied in einer Umweltorganisation als Personen aus dem ländlichen Raum.

Abb. 6 Antwort auf die Frage: „Inwieweit stimmen Sie persönlich den folgenden Aussagen zu? Umweltschutz sollte für Deutschland Vorrang haben, selbst wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. (n=7.965; 98 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)

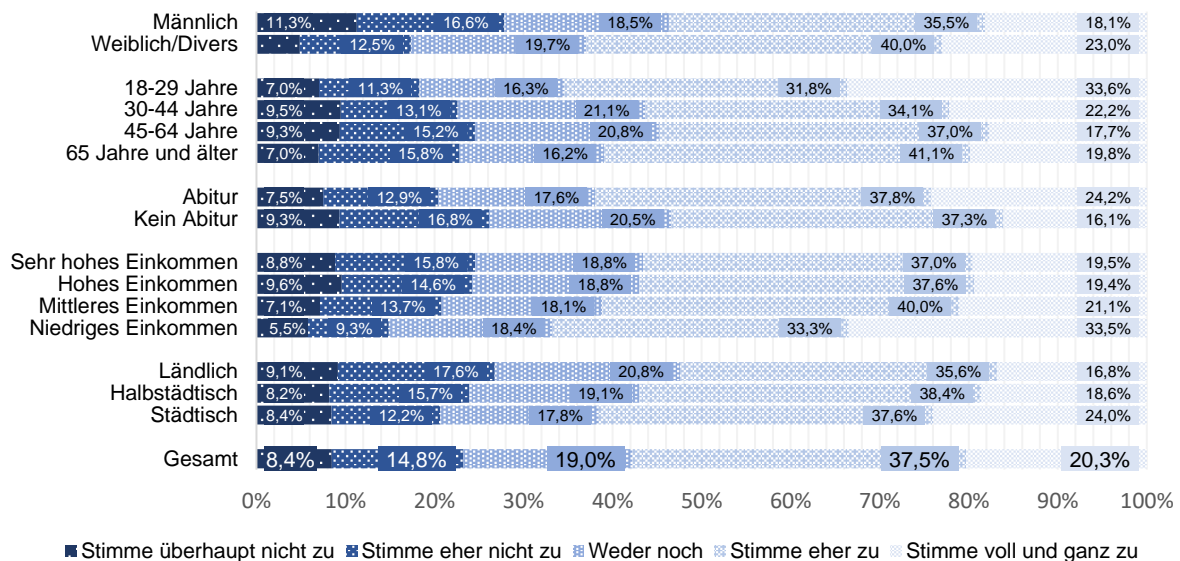


Abb. 7 Antwort auf die Frage: „Inwieweit stimmen Sie persönlich den folgenden Aussagen zu? Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, müssen wir alle bereit sein, unseren Lebensstandard einzuschränken.“ (n=7.984; 79 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)

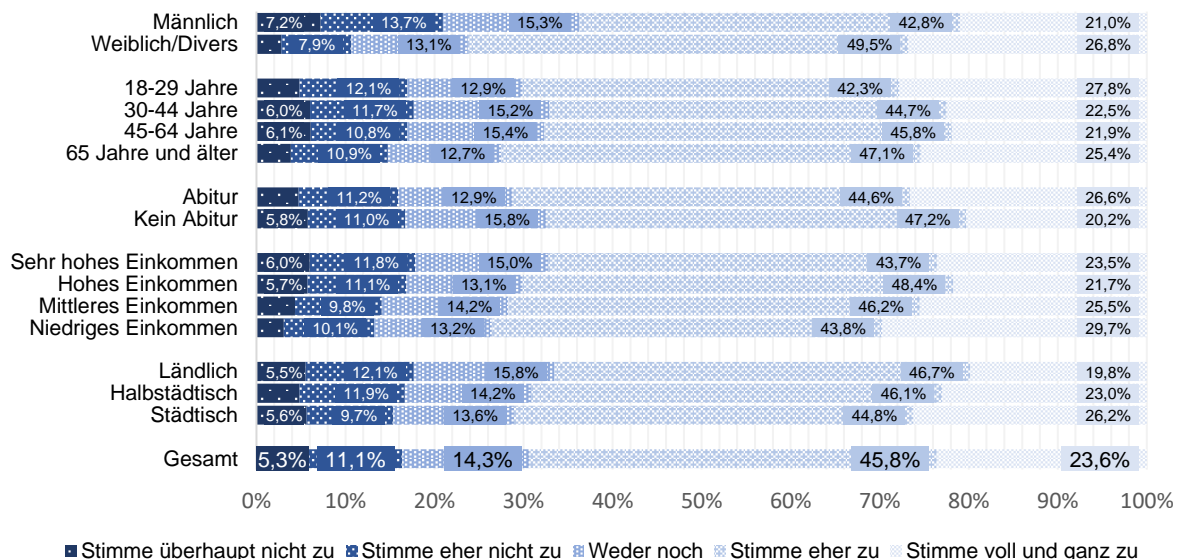
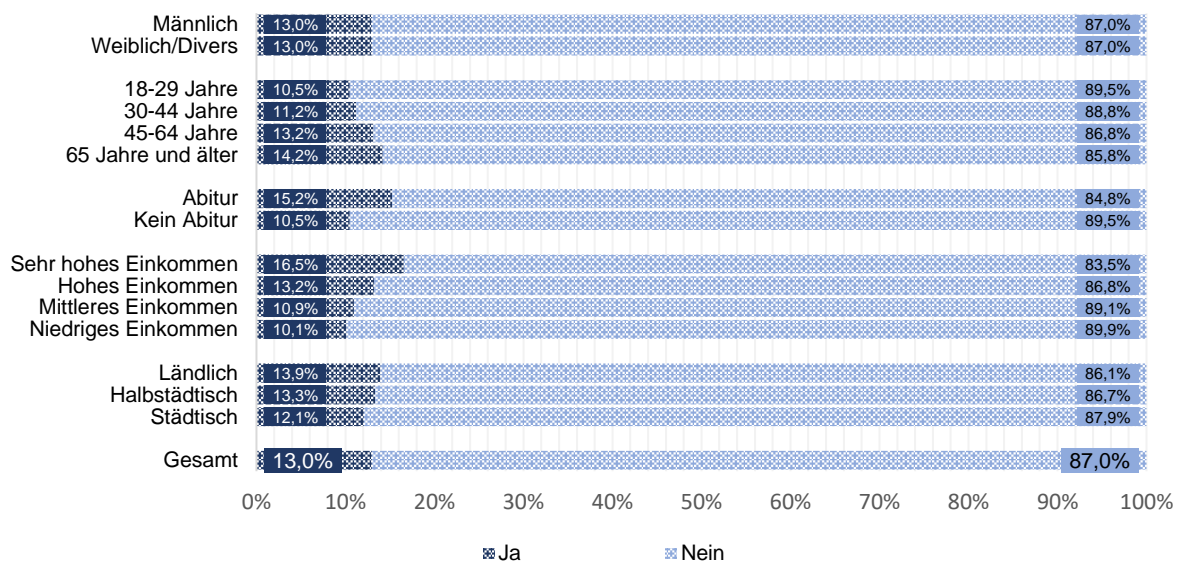


Abb. 8 Antwort auf die Frage: „Sind Sie Mitglied in einer Gruppe oder Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt?“ (n=7.961; 67 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)

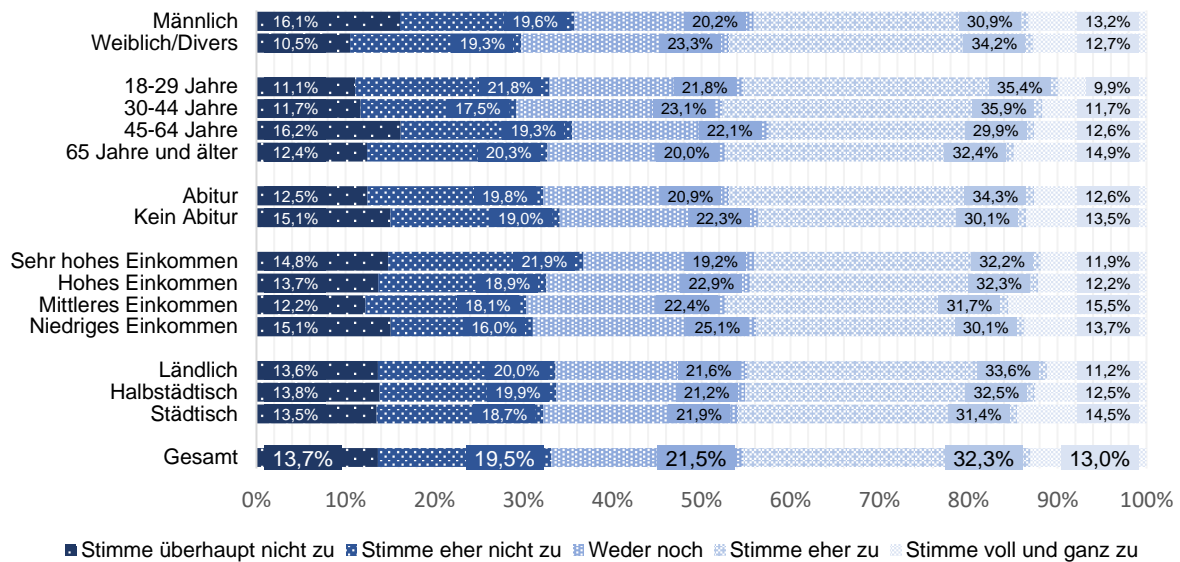


Neben dem Umweltengagement der Haushaltsmitglieder wurden auch deren Einstellungen zum Umgang mit sozial erwünschtem bzw. unerwünschtem Verhalten erfragt. Diesbezüglich halten 45,3% der Antwortenden ein Verbot von sozial unerwünschtem Verhalten für gerecht, wobei suggeriert wurde, dass dadurch alle Menschen gleichbehandelt werden (Abb. 9). Etwa ein Drittel (33,2%) der Befragten hält hingegen ein Verbot nicht für gerecht.

Als Alternative zu Verboten besteht die Möglichkeit, sozial unerwünschtes Verhalten zu bepreisen, um dieses einzuschränken. Eine solche Bepreisung von sozial unerwünschtem Verhalten halten 50,7% für gerecht (Abb. 10), weil Menschen, die eine Aktivität besonders wertschätzen, diese dann immer noch durchführen können. 29,6% der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu. Unter Befragten mit Abitur ist der Anteil derjenigen, die eine Bepreisung für gerecht halten, etwas höher als unter denen, die kein Abitur haben (**Tab. A7**, Modell IV). Gleiches gilt für Personen mit einem hohen Umweltbewusstsein.

Wird der Fokus nicht auf die Wertschätzung der Aktivität, sondern auf die Benachteiligung von Menschen mit niedrigem Einkommen gelenkt, halten 54,6% der Befragten eine Bepreisung von sozial unerwünschtem Verhalten für ungerecht, 27,5% stimmen dieser Aussage nicht zu (Abb. 11). Je nachdem, welcher Aspekt einer Bepreisung hervorgehoben wird, wird diese also als gerechter oder weniger gerecht wahrgenommen. Nach Meinung der Befragten scheint eine Bepreisung sozial unerwünschten Verhaltens eine gerechte Maßnahme zu sein, solange einkommensschwache Haushalte dadurch nicht benachteiligt werden.

Abb. 9 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial unerwünscht angesehen wird (z.B. Verbrauch fossiler Brennstoffe, Rauchen), zu unterbinden, kann dieses entweder stärker bepreist werden, sodass die Kosten für das unerwünschte Verhalten steigen, oder es kann verboten werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Ein Verbot ist gerecht, weil es alle Menschen gleichbehandelt.“ (n=3.960; 79 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Außerdem zeigt sich, dass die Teilnehmenden eine Bepreisung als ungerechter empfinden, wenn sie ein niedriges Einkommen haben, als wenn sie über ein mittleres oder höheres Einkommen verfügen (**Tab. A8**, Modell IV). Dies trifft allerdings nur zu, wenn auf die Benachteiligung einkommensschwacher Haushalte hingewiesen wird. Auch hinsichtlich des Alters zeigen sich Unterschiede in der Bewertung einer höheren Bepreisung. So nehmen die Befragten über 65 Jahren eine Bepreisung sozial unerwünschten Verhaltens unabhängig vom Fokus der Aussage eher als gerecht wahr als die Gruppe der unter 30-Jährigen (**Tab. A7**, **Tab. A8**, Modell IV).

Die Zustimmung zu der Aussage, dass eine Verordnung, die für ein sozial erwünschtes Verhalten sorgt, gerecht ist, weil sie alle Menschen gleichbehandelt, zeigt sehr ähnliche Werte wie bei Verboten: Während 46,3% der Antwortenden dieser Aussage zustimmen, wird sie von 27,6% der Befragten abgelehnt (Abb.12).

Sowohl bei einem Verbot von unerwünschtem Verhalten als auch bei einer Verordnung zur Erreichung erwünschten Verhaltens geht ein hohes Umweltbewusstsein eines Befragten mit einer deutlich stärkeren Befürwortung eines Verbotes (+19%-Punkte) bzw. einer Verordnung (+12%-Punkte) einher als bei Befragten mit einem mittleren oder niedrigen Umweltbewusstsein (**Tab. A6**, **Tab. A9**, Modell IV). Sozioökonomische Charakteristika spielen bei der Bewertung dieser Maßnahmen eine geringere Rolle. Es zeigt sich lediglich, dass Befragte unter 30 Jahren sowie diejenigen, die im ländlichen Raum leben, eine Verordnung für sozial erwünschtes Verhalten für etwas weniger gerecht halten als Befragte über 65 Jahren bzw. Befragte aus dem städtischen Raum.

Abb. 10 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial unerwünscht angesehen wird (z.B. Verbrauch fossiler Brennstoffe, Rauchen), zu unterbinden, kann dieses entweder stärker bepreist werden, sodass die Kosten für das unerwünschte Verhalten steigen, oder es kann verboten werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Eine höhere Bepreisung ist gerecht, weil Menschen, die eine Aktivität besonders wertschätzen, sie dann immer noch durchführen können.“ (n=3.933; 106 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)

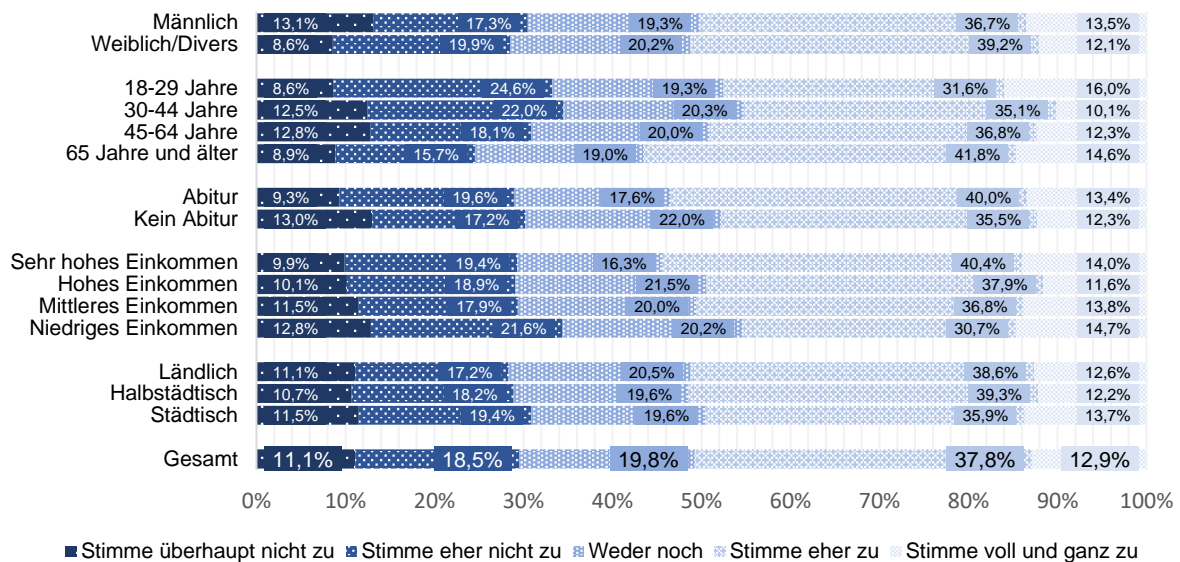
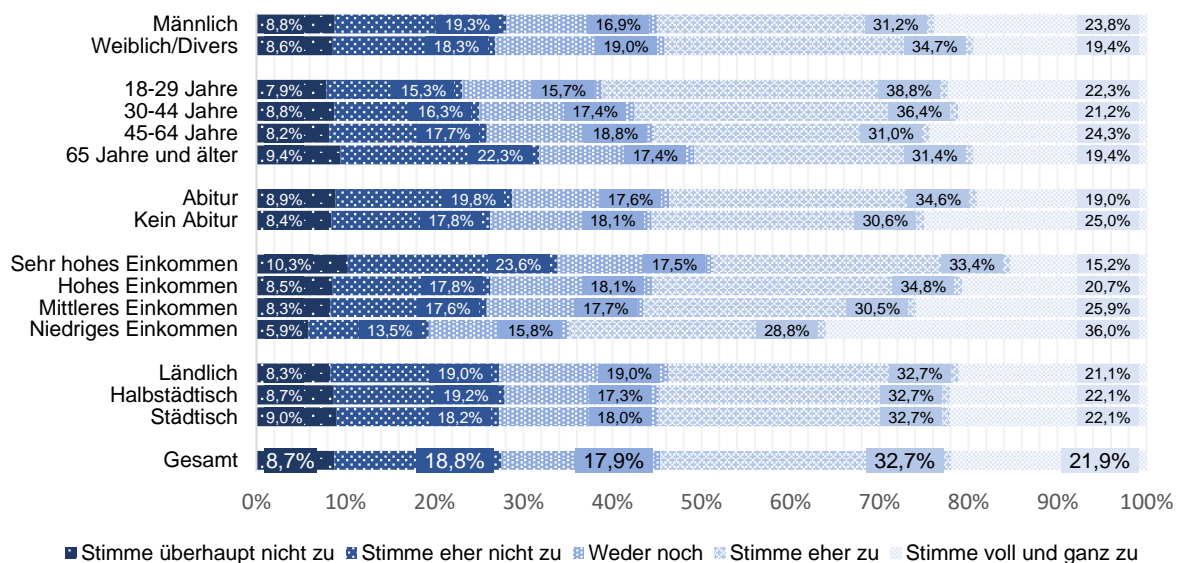
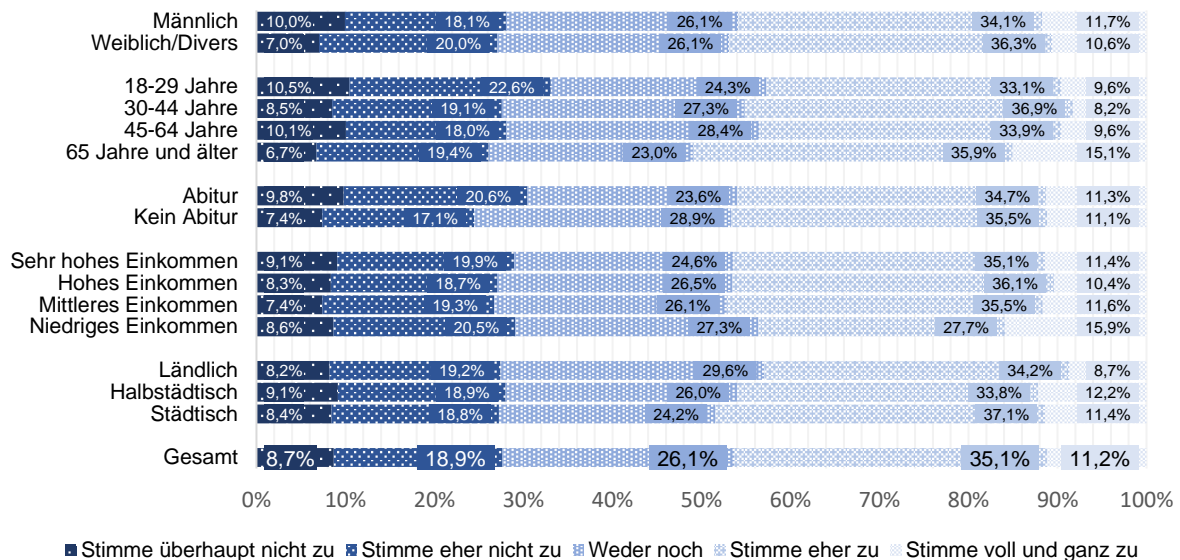


Abb. 11 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial unerwünscht angesehen wird (z.B. Verbrauch fossiler Brennstoffe, Rauchen), zu unterbinden, kann dieses entweder stärker bepreist werden, sodass die Kosten für das unerwünschte Verhalten steigen, oder es kann verboten werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Eine höhere Bepreisung ist ungerecht, weil sie Menschen mit niedrigem Einkommen benachteiligt.“ (n=3.945; 94 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Bezüglich des Umgangs mit sozial erwünschtem Verhalten stimmen 63,9% der Aussage zu, dass eine Subventionierung gerecht ist, weil sich dann auch Menschen mit niedrigerem Einkommen die Aktivität leisten können. 16,3% der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu (**Abb. 13**).

Abb. 12 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial erwünscht angesehen wird (z.B. ehrenamtliche Arbeit, Kauf fair gehandelter Waren, Klimaschutz), zu fördern, kann dieses entweder stärker subventioniert, also finanziell gefördert werden, sodass die Kosten für das erwünschte Verhalten sinken, oder es kann gesetzlich verordnet werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Eine Verordnung ist gerecht, weil sie alle Menschen gleichbehandelt.“ (n=3.874; 152 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Der Aussage, dass eine Subventionierung ungerecht ist, weil hiervon auch Menschen profitieren, die die Aktivität nicht so wertschätzen, stimmt etwa ein Drittel (33,6%) der Haushaltsmitglieder zu, während sie 36,6% ablehnen (Abb. 14). Wie auch bei einer Bepreisung von sozial unerwünschtem Verhalten empfinden die Befragten mit Abitur eine Subventionierung von erwünschtem Verhalten eher als gerecht als diejenigen ohne Abitur. Außerdem empfinden diejenigen Befragten unter 30 Jahren eine Subventionierung eher als gerecht als ältere Personen, wobei die größte Differenz bei 21 Prozentpunkten liegt und sich auf den Vergleich der jüngsten Altersgruppe mit den über 65-Jährigen bezieht, wenn der Fokus auf die Ungerechtigkeitsaspekte einer Subventionierung gelegt wird. Anders als beim Einkommens-Framing im Zusammenhang mit einer Bepreisung unerwünschten Verhaltens zeigt sich in diesem Fall kein Zusammenhang mit dem Einkommen (Tab. A10, Tab. A11, Modell IV).

Abb. 13 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial erwünscht angesehen wird (z.B. ehrenamtliche Arbeit, Kauf fair gehandelter Waren, Klimaschutz), zu fördern, kann dieses entweder stärker subventioniert, also finanziell gefördert werden, sodass die Kosten für das erwünschte Verhalten sinken, oder es kann gesetzlich verordnet werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Eine Subventionierung ist gerecht, weil sich dann auch Menschen mit niedrigerem Einkommen die Aktivität leisten können.“ (n=3.881; 145 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)

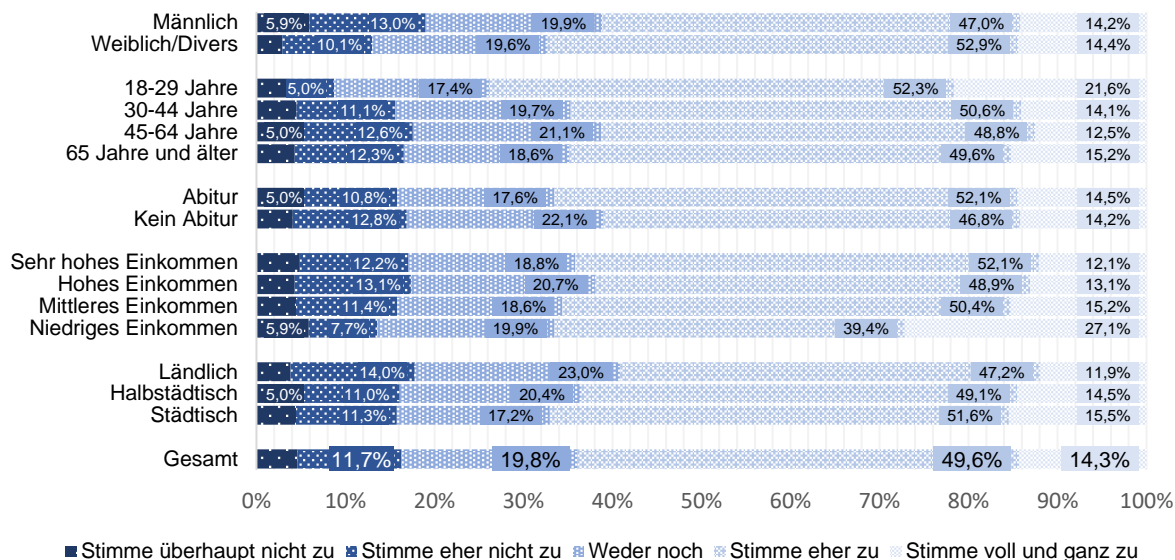
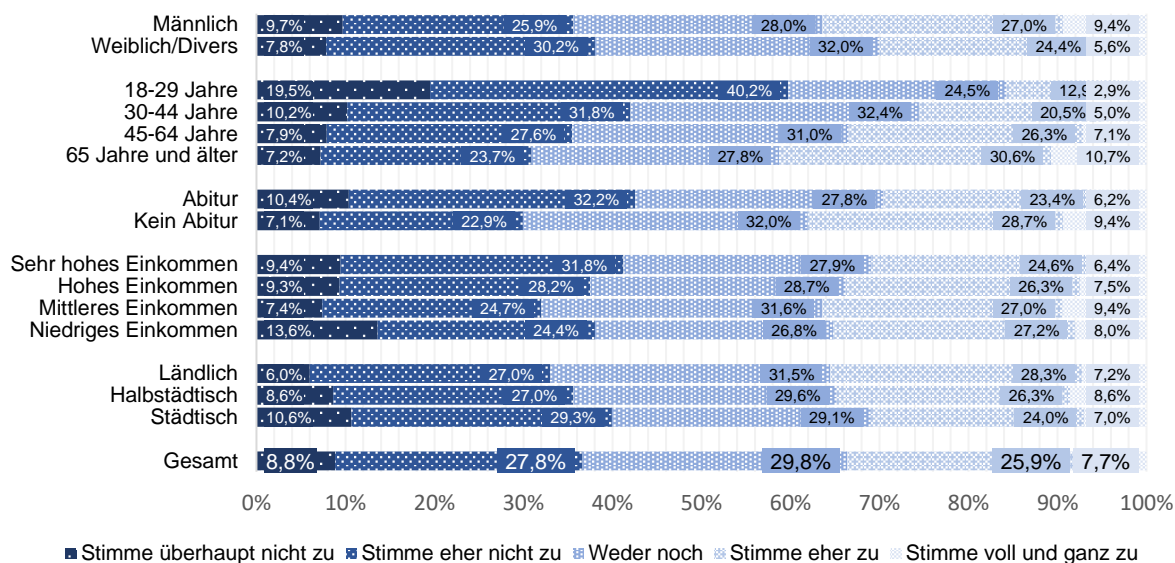


Abb. 14 Antwort auf die Frage: „Um ein Verhalten, das allgemein als sozial erwünscht angesehen wird (z.B. ehrenamtliche Arbeit, Kauf fair gehandelter Waren, Klimaschutz), zu fördern, kann dieses entweder stärker subventioniert, also finanziell gefördert werden, sodass die Kosten für das erwünschte Verhalten sinken, oder es kann gesetzlich verordnet werden. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Eine Subventionierung ist ungerecht, weil hiervon auch Menschen profitieren, die die Aktivität nicht so sehr wertschätzen.“ (n=3.799; 227 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



4 Präferenzen hinsichtlich der Energiewende

Zur Erreichung der Klimaneutralität können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise können Verbote erlassen, Preise für klimaschädliche Aktivitäten eingeführt oder Förderungen für klimafreundliche Investitionen beschlossen werden. Dadurch kann der Staat entweder eine direkte Lenkungsfunktion einnehmen oder aber das Verhalten indirekt lenken, etwa mit Hilfe von Anreizen für klimafreundliches Verhalten. Dieser Abschnitt bietet einen Überblick darüber, welche Maßnahmen die Befragten bevorzugen und für zielführend halten. Außerdem werden die Ansichten der Befragten über die Generationengerechtigkeit im Zusammenhang mit der Finanzierung der Energiewende präsentiert. In diesem Zusammenhang wurden die Präferenzen bezüglich möglicher Maßnahmen der Energiewende im Verkehrs- und Wärmesektor abgefragt. Ziel dieser Fragen war es herauszufinden, ob die Befragten eine direkte Lenkung klimarelevanten Verhaltens durch Verbote oder eine indirekte Lenkung durch finanzielle Anreize bevorzugen, welche dieser Maßnahmen sie zur Bekämpfung des Klimawandels als effektiver ansehen, und wen sie in der Verantwortung sehen, wenn es um die Einschränkung klimaschädlicher Aktivitäten geht.

4.1 Maßnahmen im Rahmen der Energiewende

In Bezug auf die Verkehrswende wurde beispielsweise gefragt, ob die Teilnehmenden entweder ein Verbot von Neuzulassungen von Autos mit Benzin- oder Dieselmotor bevorzugen oder eine alljährliche Erhöhung der Abgaben auf Benzin- und Dieselpreise. Eine knappe Mehrheit von 53,1% spricht sich hierbei für eine Erhöhung der Abgaben aus, während 46,9% ein Verbot bevorzugen würden (Abb. 15). Um die Schadstoffbelastung in Innenstädten zu reduzieren, würde hingegen eine Mehrheit von 66,7% Fahrverbote für Autos mit besonders hohem Schadstoffausstoß bevorzugen, eine Bepreisung unerwünschten Verhaltens in Form einer Straßennutzungsgebühr, bei Städten häufig City-Maut genannt, präferiert in diesem Fall nur ein Drittel der Befragten (Abb. 16).

Zum Vergleich: Auch gemäß einer Umfrage des ADAC (2021) lehnt eine Mehrheit von 59% der Befragten die Einführung einer City-Maut ab, nur 20% stimmten einer solchen Maßnahme zu. Bemerkenswert ist, dass sich die City-Maut in der ADAC-Umfrage nicht in Konkurrenz zu einem Fahrverbot befand, wie in dieser Erhebung. In einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA 2021) zum Umweltbewusstsein in Deutschland wurde gefragt, ob eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut eingeführt werden sollte, sodass jene, die viel mit dem Auto fahren, auch mehr bezahlen müssen. Hier gab genau die Hälfte der Befragten an, dass eine solche Maut eingeführt werden sollte, die andere Hälfte sprach sich dagegen aus.

Aber auch Zufahrtsbeschränkungen für Verbrenner in Innenstädten sind in anderen Studien keine übermäßig beliebten Instrumente, wenn isoliert danach gefragt wird. So lehnten im Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende des IASS (2021) 52% der Befragten Zufahrtsbeschränkungen für Verbrenner in Innenstädten ab, lediglich 25% gaben an, eine solche Beschränkung (stark) zu bevorzugen.

Abb. 15 Antwort auf die Frage: "Um die Energiewende auch im Verkehrsbereich voranzubringen, werden unterschiedliche Maßnahmen vorgeschlagen. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden Möglichkeiten entscheiden müssten, welche davon würden Sie dann bevorzugen?" (n=5.842; 2.295 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)

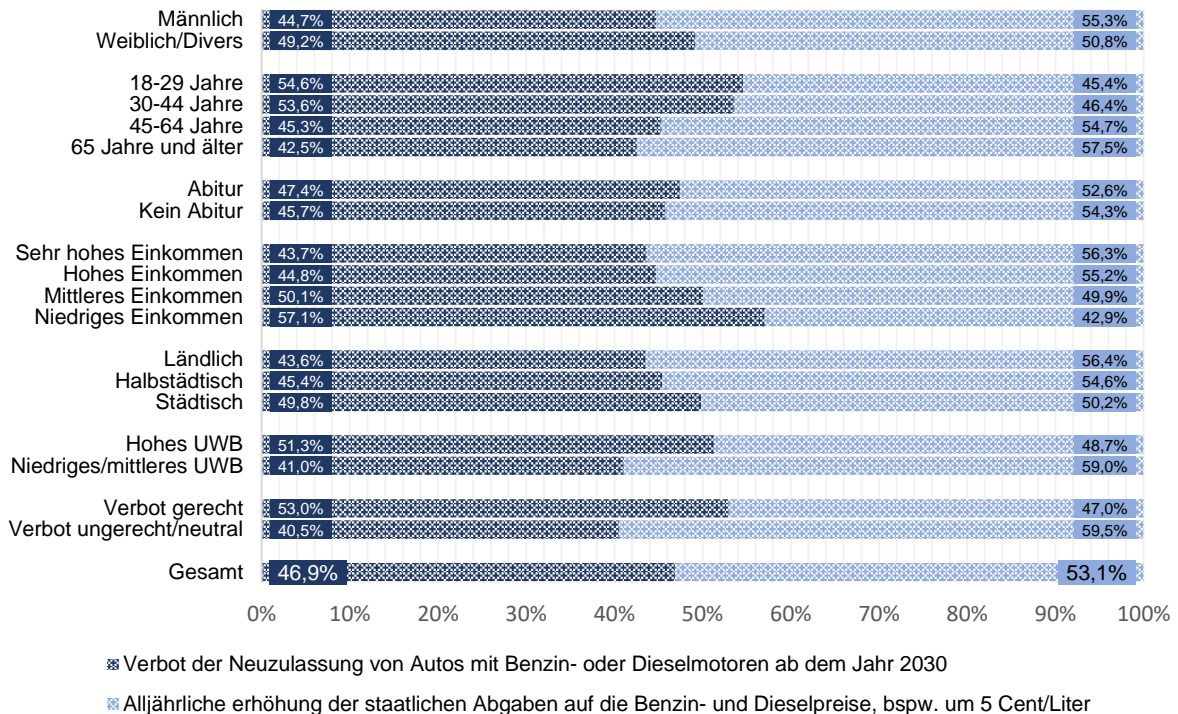
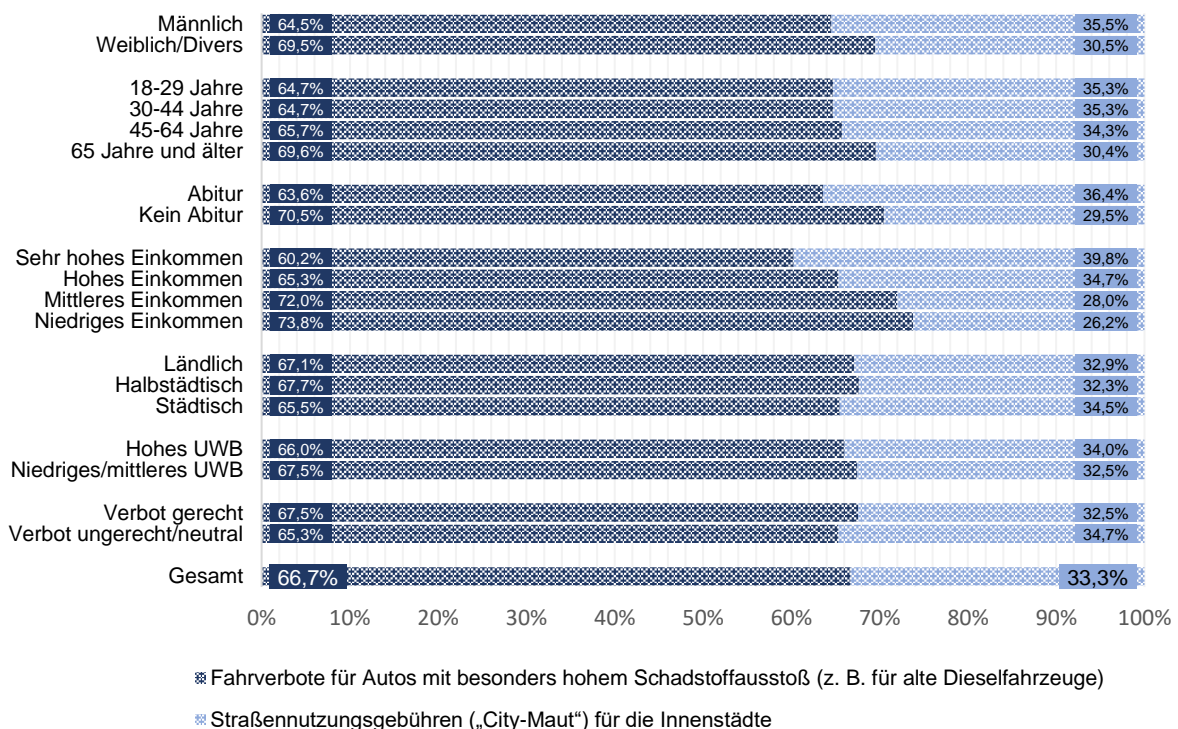


Abb. 16 Antwort auf die Frage: "Um die Schadstoffbelastung in den Innenstädten zu verringern, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden Möglichkeiten entscheiden müssten, welche davon würden Sie dann bevorzugen?" (n=7.156; 980 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)



Ein Verbot von Benzin- und Dieselmotoren ab dem Jahr 2030 wird in anderen Studien deutlich stärker abgelehnt, da das Verbot nicht wie in dieser Erhebung in Konkurrenz zu anderen Alternativen gesetzt wurde. So befürworteten nach der Studie des IASS (2021) lediglich 16% der Befragten ein solches Verbot, 64% lehnten es hingegen ab. Auch in der Umfrage des ADAC (2021) lehnte eine Mehrheit von 54% diese Maßnahme ab, lediglich 21% befürworteten sie. Gleichzeitig lehnten 60% eine schnellere und deutlichere Erhöhung des CO₂-Preisauflags bei Benzin und Diesel ab, nur 15% befürworteten eine Erhöhung. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Verkehrswende-Umfrage der Deutschen Energie-Agentur (dena 2021). Hier lehnten 74% der Befragten ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab, nur 25% konnten sich ein solches vorstellen. Die zugehörige Frage lautete: „Sollte der Verkauf von PKW mit reinen Verbrennungsmotoren – also Benzin oder Diesel – in Zukunft verboten werden?“ und unterschied sich damit ganz wesentlich von der in dieser Erhebung gestellten Frage (siehe Abb. 15). Hinsichtlich einer höheren Bepreisung fossiler Kraftstoffe zeigt sich in der Verkehrswende-Umfrage der dena, dass über 90% der Befragten eine deutliche Erhöhung der Kraftstoffpreise ablehnt. Laut dena-Umfrage scheint eine weitere Alternative, die Differenzierung des Kaufpreises von Pkw in Abhängigkeit von deren CO₂-Ausstoß eine stärker akzeptierte Maßnahme zu sein. Eine klare Mehrheit von 70% der Befragten hält diese für ein geeignetes Instrument, um den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren (dena 2021).

Sowohl im Zusammenhang mit der Verkehrswende als auch mit der Reduzierung der Schadstoffbelastung in Innenstädten sinkt die Zustimmung für ein Verbot mit dem Einkommen. So liegt die Befürwortung eines Verbots von Neuzulassungen bei Befragten mit hohem bzw. sehr hohem Einkommen etwa 10 bzw. 12 Prozentpunkte niedriger als bei Befragten mit niedrigem Einkommen (Tab. A12, Tab. A13, jeweils Modell IV). Bei einem Fahrverbot beträgt die Differenz 9 bzw. 11 Prozentpunkte. Hier spielt außerdem die Bildung eine Rolle. Verglichen mit Befragten ohne Abitur bevorzugen Befragte mit Abitur eine Straßennutzungsgebühr um rund 4 Prozentpunkte eher als ein Fahrverbot. Ein Fahrverbot wird von Männern um rund 7 Prozentpunkte weniger bevorzugt als von Frauen.

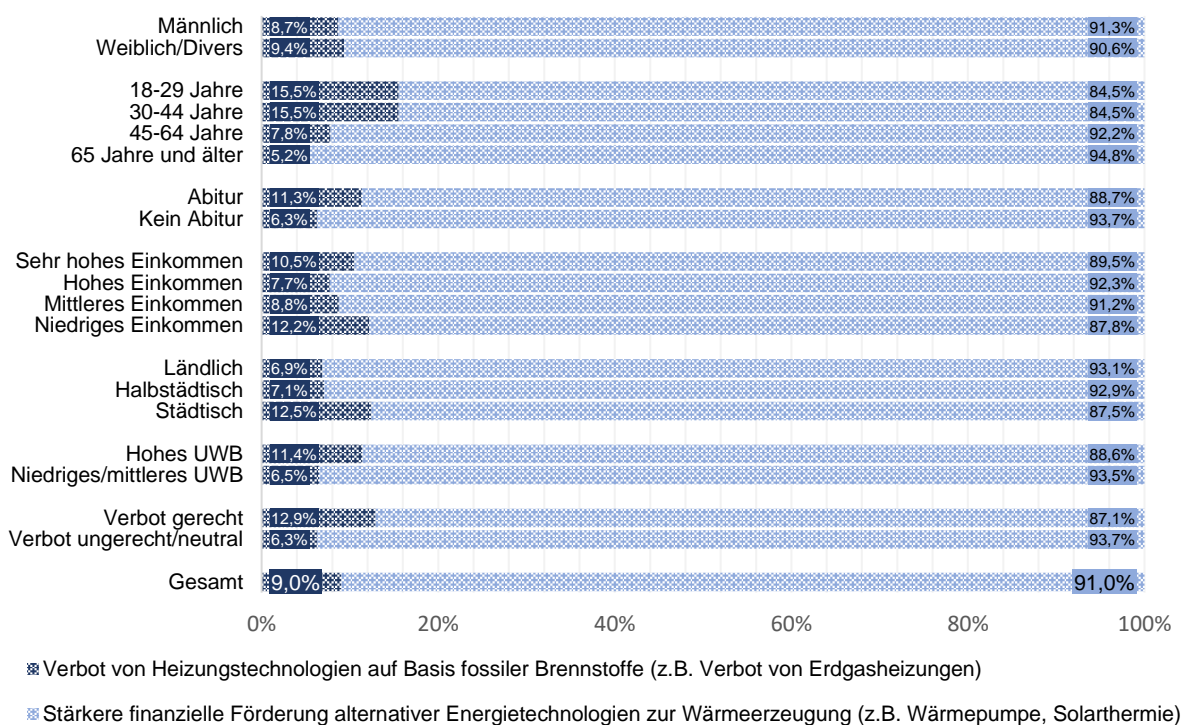
Bei der Präferenz für mögliche Maßnahmen der Verkehrswende zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen einem hohen Umweltbewusstsein sowie der empfundenen Gerechtigkeit eines Verbotes im Allgemeinen einerseits und der Bevorzugung eines Verbotes von Neuzulassungen gegenüber einer höheren Bepreisung von fossilen Kraftstoffen andererseits (+6 bzw. +10%-Punkte). Personen über 65 Jahren bevorzugen im Vergleich zur jüngsten Altersgruppe eher eine Erhöhung der Abgaben auf fossile Kraftstoffe als ein Verbot von Neuzulassungen (+10%-Punkte).

Hinsichtlich der Wärmewende spricht sich eine deutliche Mehrheit von rund 91% für eine stärkere finanzielle Förderung alternativer Energietechnologien zur Wärmeerzeugung aus (Abb. 17). Ein Verbot von Heizungstechnologien auf Basis fossiler Brennstoffe bevorzugen hingegen lediglich 9% der Befragten. Auch in der Studie des Umweltbundesamtes zum Umweltbewusstsein in Deutschland gaben 94% der Befragten an, dass ihnen die Förderung der Entwicklung von klimafreundlichen Produkten und Technologien (sehr) wichtig ist (UBA 2021). Nur 20% der Befragten der UBA-Studie halten ein Verbot von besonders klimaschädlichen Produkten, wie beispielsweise ein Verbot für die Neuinstallation von Ölheizungen ab 2026, für wichtig.

Anders als im Verkehrsbereich ist die Befürwortung eines Verbots im Wärmesektor unter unseren Befragten mit Abitur um etwa 2 Prozentpunkte höher als unter jenen ohne Abitur (Tab. A14,

Modell IV). Ebenso befürworten jene Befragten, die ein Verbot auch als gerecht empfinden, eher ein solches (+6%-Punkte). Personen, die im ländlichen oder halbstädtischen Raum leben, befürworten ein Verbot weniger (-4%-Punkte) als Befragte aus dem städtischen Raum. Außerdem sprechen sich Personen unter 30 Jahren eher für ein Verbot aus als die über 65-Jährigen (+6%-Punkte).

Abb. 17 Antwort auf die Frage: "In Bezug auf die Energiewende im Wärmesektor werden verschiedene Optionen diskutiert bzw. bereits umgesetzt. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden Möglichkeiten entscheiden müssten, welche davon würden Sie dann bevorzugen?" (n= 7.544; 588 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)

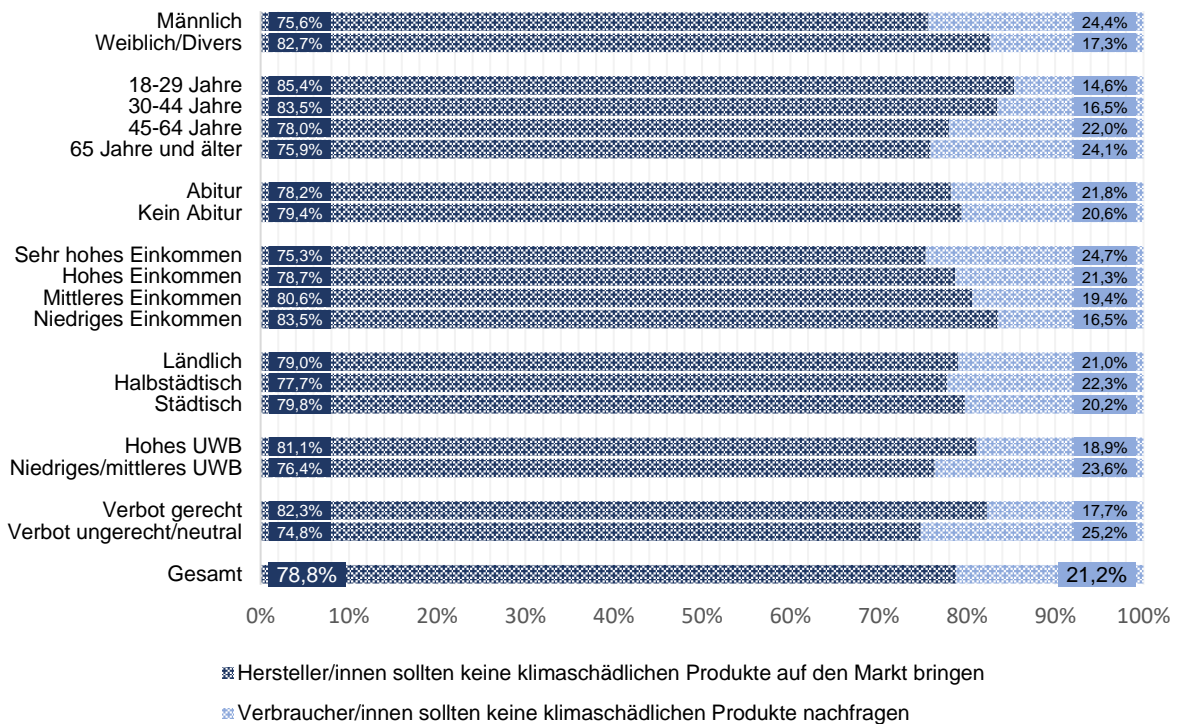


Die moralische Verantwortung dafür, dass keine klimaschädlichen Produkte auf den Markt kommen, sehen 78,8% der Befragten bei den Herstellerinnen und Herstellern (Abb. 18). 21,2% sind der Meinung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher keine solche Produkte nachfragen sollten. Hier zeigt sich (Tab. A15, Modell IV), dass Befragte mit einem Alter von über 45 Jahren die Verantwortung stärker bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sehen als diejenigen unter 30 Jahren (+9 bzw. 11%-Punkte). Gleiches gilt für die männlichen im Vergleich zu weiblichen und diversen Befragten (+7%-Punkte) sowie für diejenigen mit Abitur (+4%-Punkte). Personen, die ein Verbot generell als gerecht wahrnehmen, sehen die Verantwortung hingegen eher bei den Herstellerinnen und Herstellern (+7%-Punkte).

In Bezug auf Investitionen spricht sich etwa die Hälfte der Befragten dafür aus (Abb. 19), dass der Finanzmarkt keine klimaschädlichen Projekte wie den Bau von Kohlekraftwerken finanzieren sollte (49,8%). Die andere Hälfte ist der Meinung, dass der Staat solche Projekte verbieten sollte (50,2%). Hierbei gehen sowohl die empfundene Gerechtigkeit eines Verbots im Allgemeinen (+15%-Punkte) als auch ein hohes Umweltbewusstsein (+13%-Punkte) mit einer stärkeren Befürwortung eines Verbots

klimaschädlicher Projekte durch den Staat einher (Tab. A16, Modell IV). Außerdem befürworten Männer eher ein Verbot als Frauen und diverse Personen (+7%-Punkte) und Personen unter 30 Jahren eher als die über 45-Jährigen (+7%-Punkte).

Abb. 18 Antwort auf die Frage: "Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wer die moralische Verantwortung dafür tragen sollte, dass keine klimaschädlichen Produkte auf den Markt kommen. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden Möglichkeiten entscheiden müssten, welche davon würden Sie dann bevorzugen?" (n=7.723; 407 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)



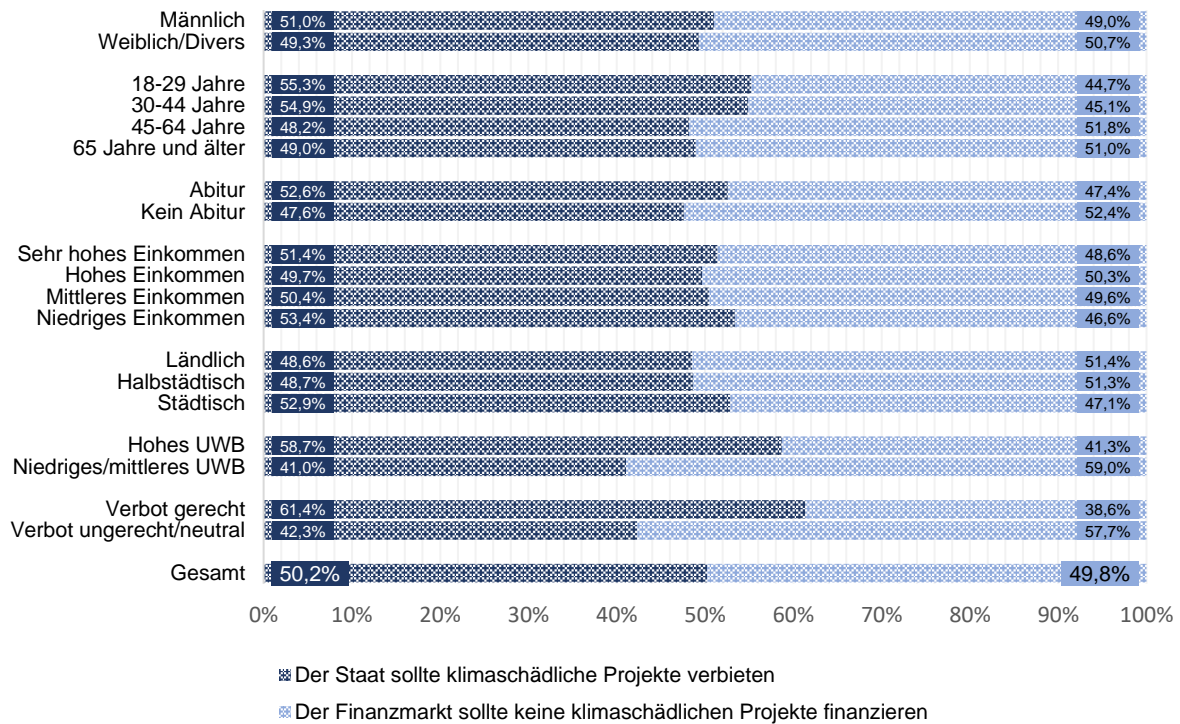
Auf die Frage, welche staatliche Maßnahme effektiver ist, um eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen, antworteten 55,2%, dass Investitionen in klimaschädliche Projekte verboten werden sollten (Abb. 20). Umgekehrt halten 44,8 % der Befragten eine Besteuerung der Erträge aus klimaschädlichen Investitionen für die effektivere Alternative. Zum Vergleich: In der Studie des Umweltbundesamtes (UBA 2021) zum Umweltbewusstsein in Deutschland gaben 80% der Befragten an, dass ihnen eine Verteuerung klimaschädlicher Produkte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von klimafreundlichen Produkten (sehr) wichtig sei.

Wie auch bei der vorherigen Frage geht die empfundene Gerechtigkeit eines Verbotes im Allgemeinen sowie ein hohes Umweltbewusstsein mit einer stärkeren Befürwortung eines Verbots einher (+16 bzw. +9%-Punkte) (Tab. A17, Modell IV), ebenso ein höheres Alter von über 45 Jahren (+8 bzw. +9%-Punkte). Ein höheres Bildungsniveau allerdings geht mit einer stärkeren Befürwortung einer Besteuerung einher (+8%-Punkte). Außerdem halten Männer eine Besteuerung eher als effektiv als Frauen und diverse Personen (+6%-Punkte).

Ob ein Verbot oder ein finanzieller Anreiz zur Einschränkung klimaschädlichen Verhaltens bevorzugt wird, hängt insgesamt vom konkreten Kontext der Maßnahmen ab: Wie der Vergleich mit anderen Studien zeigt, spielt die Formulierung der Fragen sowie die Anzahl und Art der vorgegebenen

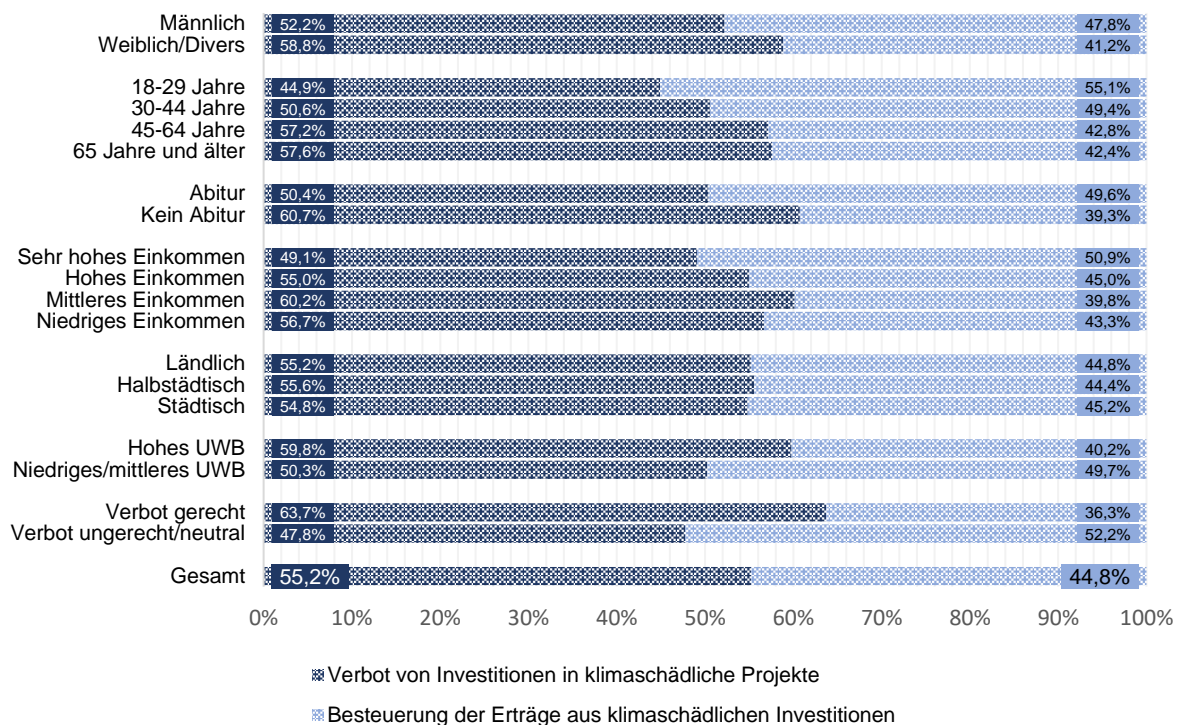
Alternativen eine wesentliche Rolle bei der Beantwortung der Frage nach den Präferenzen für verschiedene Maßnahmen.

Abb. 19 Antwort auf die Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, klimaschädliche Projekte, wie etwa den Bau von Kohlekraftwerken, zu verhindern. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden Möglichkeiten entscheiden müssten, welche davon würden Sie dann bevorzugen?“ (n=7.462; 666 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)



Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Akzeptanz für umwelt- und klimapolitische Maßnahmen tendenziell dann geringer ist, wenn damit persönliche Kosten verbunden sind oder Zwänge, das heißt Freiheiten eingeschränkt werden. So zeigen verschiedene internationale Studien, dass Subventionen, welche mit keinen unmittelbaren persönlichen Kosten oder Zwängen verbunden sind, gegenüber Steuern oder Verboten bevorzugt werden (Faure et al. 2022, Cherry et al. 2012, Ingold et al. 2019, Rinscheid et al. 2020). Auch der Zusammenhang mit sozioökonomischen Charakteristika ist je nach Kontext verschieden. Lediglich die Wahrnehmung eines Verbotes im Allgemeinen als eine gerechte Maßnahme zur Reduktion sozial unerwünschten Verhaltens geht bei allen Entscheidungsfragen mit einer stärkeren Befürwortung eines Verbots einher.

Abb. 20 Antwort auf die Frage: "Nun geht es nur um staatliche Maßnahmen. Wenn Sie sich zwischen den beiden folgenden staatlichen Maßnahmen entscheiden müssten, welche davon halten Sie für effektiver zur Erreichung einer klimaneutralen Wirtschaft?" (n=7.510; 980 Befragte haben die Frage mit „Weiß nicht / keine Angabe“ beantwortet.)



4.2 Verteilung der Kosten der Energiewende

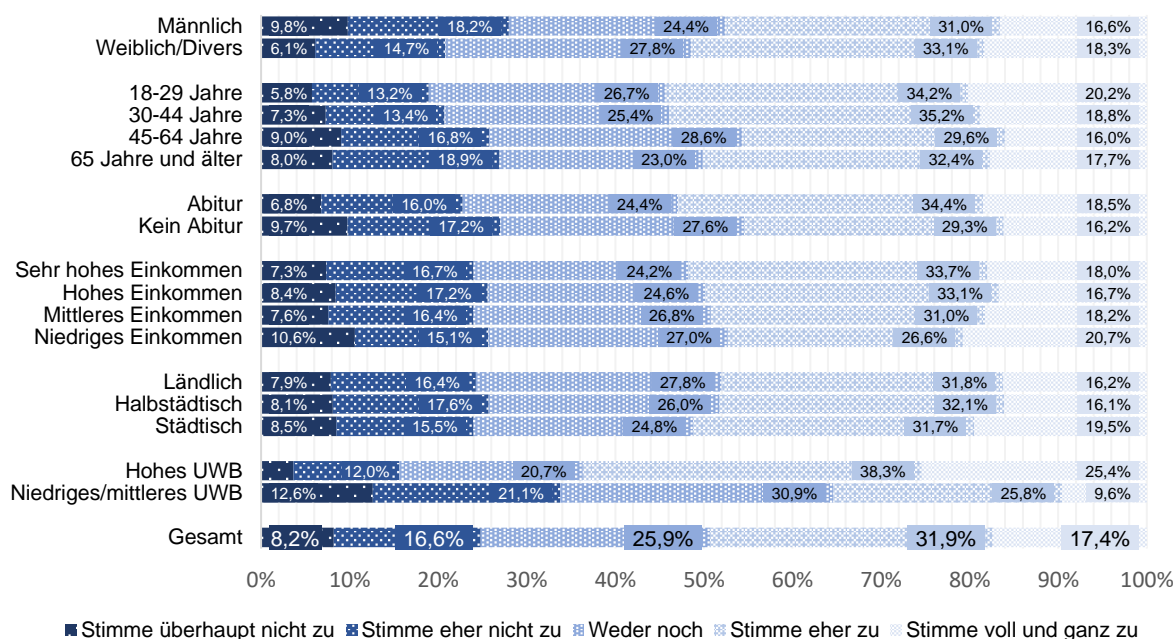
Die Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende verursachen Kosten, die auf verschiedene Schultern verteilt werden können. Beispielsweise könnten Investitionen in die Energiewende über Kredite finanziert werden. Letzteres führt dazu, dass die Kosten von zukünftigen Generationen mitgetragen werden. Die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten können als mehr oder weniger gerecht empfunden werden, je nach soziökonomischen Umständen. Dieser Abschnitt stellt dar, welche von zwei zur Wahl gestellten Alternativen zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen von den Befragten bevorzugt werden: Die Finanzierung aus aktuellen Steuermitteln oder über Kredite.

In Bezug auf die Finanzierung der Kosten von Klimaschutzmaßnahmen wurden daher zwei Fragen gestellt, die auf die Generationengerechtigkeit abzielten, mithin, ob laut Meinung der Befragten die zukünftigen Generationen an den Kosten des Klimaschutzes beteiligt werden sollten. Während in der einen Frage hervorgehoben wurde, dass künftige Generationen von den Investitionen in den Klimaschutz profitieren, machte die andere Frage deutlich, dass künftige Generationen den Klimawandel nicht verursacht haben. Insgesamt sind die Befragten eher der Meinung, dass zukünftige Generationen nicht an den Kosten des Klimaschutzes beteiligt werden sollten.

Allerdings unterscheiden sich die Meinungen je nach Formulierung der Frage leicht voneinander. So stimmt der Aussage, dass zukünftige Generationen keine Schuld am Klimawandel haben und daher auch nicht die finanzielle Last dafür tragen müssen, knapp die Hälfte (49,3%) der Befragten voll und ganz respektive eher zu (Abb. 21), während ihr ein Viertel (24,6%) überhaupt nicht

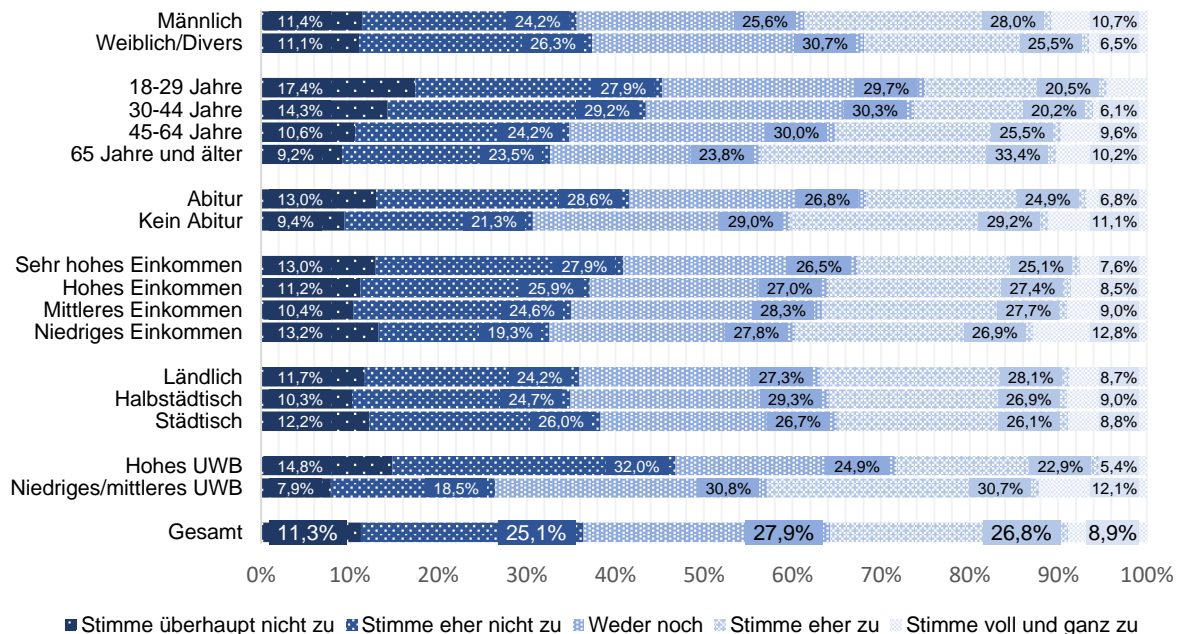
bzw. eher nicht zustimmt. Wird der Fokus nicht auf die Schuld am Klimawandel gelegt, sondern auf den Nutzen aus dem Klimaschutz, der vor allem künftigen Generationen zufallen sollte, so sind 35,7% der Antwortenden der Meinung, dass die zukünftigen Generationen an den Kosten beteiligt werden sollten (Abb. 22). Etwa ebenso viele (36,4%) stimmen einer Kostenbeteiligung überhaupt bzw. eher nicht zu.

Abb. 21 Antwort auf die Frage: „Staatliche Klimaschutzmaßnahmen können entweder aus Steuermitteln oder über Kredite finanziert werden. Bei einer Finanzierung durch Steuern würden die Ausgaben von der heutigen Generation getragen. Im Falle einer Kreditaufnahme würden die Ausgaben weitgehend von zukünftigen Generationen getragen werden. Auf einer Skala von 1 bis 5, wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Da die zukünftigen Generationen keine Schuld am Klimawandel haben, sollten sie auch nicht die finanzielle Last dafür tragen müssen.“ (n=7.908; 196 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



Bei Differenzierung nach unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen zeigt sich, dass bei beiden Formulierungen die Befürwortung der Finanzierung durch die jetzigen Generationen unter den Haushaltsmitgliedern mit einem sehr hohen Einkommen (+7 bzw. +8%-Punkte) sowie einem höheren Umweltbewusstsein (+24 bzw. +10%-Punkte) höher ist als in der jeweiligen Vergleichsgruppe (Tab. A18, Tab. A19, Modell IV). Umgekehrt gehen ein niedriges Einkommen sowie ein niedriges Umweltbewusstsein mit einer stärkeren Befürwortung der Finanzierung durch zukünftige Generationen einher. Wird betont, dass zukünftige Generationen am meisten vom Klimaschutz profitieren und daher an den Kosten beteiligt werden sollten, stimmen einer solchen Kostenbeteiligung Personen ab 45 Jahren eher zu als jüngere, vor allem diejenigen zwischen 45 und 64 Jahren (+15%-Punkte). Gleiches gilt für Männer im Vergleich zu Frauen und diversen Personen (+4%-Punkte). Befragte mit Abitur hingegen stimmen einer Kostenbeteiligung weniger häufig zu als diejenigen ohne Abitur (-3%-Punkte).

Abb. 22 Antwort auf die Frage: „Staatliche Klimaschutzmaßnahmen können entweder aus Steuermitteln oder über Kredite finanziert werden. Bei einer Finanzierung durch Steuern würden die Ausgaben von der heutigen Generation getragen. Im Falle einer Kreditaufnahme würden die Ausgaben weitgehend von zukünftigen Generationen getragen werden. Auf einer Skala von 1 bis 5, wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Da Klimaschutzmaßnahmen vor allem den zukünftigen Generationen nützen, sollten diese auch an den Kosten beteiligt werden.“ (n=7.904; 199 Befragte antworteten mit „Weiß nicht / keine Angabe“.)



5 Zusammenfassung und Fazit

Deutschland hat als Folge der verstärkten Ambitionen der Europäischen Union zur Senkung der Treibhausgasemissionen jüngst auch seine eigenen Klimaschutzziele verschärft. Anstatt einer Senkung der Emissionen um 55% gegenüber 1990 ist nun bis zum Jahr 2030 eine Verringerung um 65% vorgesehen. Auch soll bereits im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität erreicht werden, nicht erst im Jahr 2050. Diese Verschärfung der nationalen Klimaschutzziele erfordert die Ergreifung zusätzlicher umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen sowie eventuelle Nachbesserungen bei den bestehenden Maßnahmen. Beides führt unweigerlich zu höheren Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Damit einher gehen Fragen zu den Präferenzen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich dieser Maßnahmen, zu deren Beantwortung im Juni 2021 eine Erhebung unter rund 8.000 Mitgliedern des forsa-Haushaltspanels durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse zeigen, dass mit einem Anteil von rund 45% fast die Hälfte der Befragten Verbote generell als gerecht wahrnehmen und die absolute Mehrheit von rund 55% der Befragten diese für effektiver hält als finanzielle Anreize. Dennoch werden Verbote nicht immer gegenüber alternativen Maßnahmen zur Reduktion klimaschädlichen Verhaltens präferiert. So bevorzugen die Befragten bei der Verkehrswende sowie der Wärmewende eher finanzielle Anreize als Verbote. Um jedoch die Schadstoffbelastung in Innenstädten zu verringern, sprechen sich zwei Drittel der Befragten für ein

Fahrverbot für Autos mit besonders hohem Schadstoffausstoß aus, nur ein Drittel würde sich für die Alternative in Form einer City-Maut entscheiden.

Nicht zuletzt wurde die Frage gestellt, ob die zukünftigen Generationen an der Finanzierung der Kosten von Klimaschutzmaßnahmen beteiligt werden sollten. Im Ergebnis sind etwa die Hälfte der Befragten der Meinung, dass zukünftige Generationen nicht an den Kosten des Klimaschutzes beteiligt werden sollten. Diese Auffassung trifft insbesondere dann zu, wenn der Frage die Aussage vorausgeschickt wurde, dass die zukünftigen Generationen keine Schuld am Klimawandel haben. Wurde zuvor die Aussage vorausgeschickt, dass zukünftige Generationen am meisten vom Klimaschutz profitieren und daher an den Kosten beteiligt werden sollten, stimmt noch eine leichte Mehrheit von 36,4% der Antwortenden einer Kostenbeteiligung nicht zu.

Dieses Votum ist von höchster Relevanz angesichts der Frage, wie die enormen Lasten zu finanzieren sind, die aus der massiven Transformation unserer Volkswirtschaft auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität erwachsen werden. Es gibt in Teilen der Politik Pläne, dazu einen kreditfinanzierten Schuldenfonds zu gründen, den zukünftige Generationen tilgen müssten. Dies ist unter Ökonomen jedoch höchst umstritten. Dies sollte der Politik zu denken geben, ebenso wie das Ergebnis, dass Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen eine Finanzierung durch zukünftige Generationen stärker befürworten als ansonsten vergleichbare Personen aus anderen Haushalten. An einem sozialen Ausgleich zu den wachsenden Lasten des Klimaschutzes dürfte daher kein Weg vorbeiführen, wenn die Akzeptanz für den klimapolitischen Weg Deutschlands aufrechterhalten werden soll (Frondel et al. 2021).

Anhang

Tab. A1 OLS-Regressionsergebnisse zur Besorgnis über zukünftige Umweltbedingungen.

	Modell I		Modell II		Modell III	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter						
18-29 Jahre						
30-44 Jahre	-0.138*	(0.062)	-0.137*	(0.062)	-0.064	(0.060)
45-64 Jahre	-0.113	(0.059)	-0.111	(0.059)	-0.037	(0.057)
65 Jahre und älter	0.123*	(0.059)	0.125*	(0.059)	0.183**	(0.058)
Männlich	-0.376***	(0.027)	-0.375***	(0.027)	-0.290***	(0.026)
Abitur	0.139***	(0.029)	0.137***	(0.029)	0.044	(0.028)
Einkommen						
Niedriges Einkommen						
Mittleres Einkommen	-0.027	(0.059)	-0.025	(0.059)	0.046	(0.059)
Hohes Einkommen	-0.106	(0.060)	-0.103	(0.060)	-0.021	(0.059)
Sehr hohes Einkommen	-0.141*	(0.061)	-0.138*	(0.061)	-0.037	(0.061)
Raumtyp						
Städtischer Raum						
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.021	(0.030)	0.030	(0.029)
Ländlicher Raum	-	-	-0.022	(0.038)	0.031	(0.037)
Partei						
CDU/CSU						
SPD	-	-	-	-	0.351***	(0.039)
AfD	-	-	-	-	-0.711***	(0.079)
FDP	-	-	-	-	-0.228***	(0.060)
Die Linke	-	-	-	-	0.512***	(0.051)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	0.750***	(0.036)
Andere Partei	-	-	-	-	0.231**	(0.087)
Keine Partei	-	-	-	-	0.122*	(0.049)
Konstante	4.007***	(0.076)	4.017***	(0.077)	3.610***	(0.081)
Anzahl an Beobachtungen	7094		7094		6895	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0.1%-Niveau an.

Tab. A2 OLS-Regressionsergebnisse zu Grenzen des Wachstums

	Modell I		Modell II		Modell III	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter						
18-29 Jahre						
30-44 Jahre	0.235***	(0.065)	0.236***	(0.065)	0.276***	(0.063)
45-64 Jahre	0.339***	(0.062)	0.342***	(0.062)	0.387***	(0.060)
65 Jahre und älter	0.345***	(0.062)	0.349***	(0.063)	0.396***	(0.061)
Männlich	-0.255***	(0.025)	-0.255***	(0.025)	-0.203***	(0.025)
Abitur	0.047	(0.027)	0.044	(0.027)	-0.013	(0.027)
Einkommen						
Niedriges Einkommen						
Mittleres Einkommen	-0.132*	(0.052)	-0.130*	(0.052)	-0.062	(0.052)
Hohes Einkommen	-0.234***	(0.053)	-0.230***	(0.053)	-0.131*	(0.053)
Sehr hohes Einkommen	-0.338***	(0.054)	-0.333***	(0.055)	-0.203***	(0.055)
Raumtyp						
Städtischer Raum						
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.049	(0.029)	0.002	(0.028)
Ländlicher Raum	-	-	-0.008	(0.035)	0.046	(0.034)
Partei						
CDU/CSU						
SPD	-	-	-	-	0.372***	(0.037)
AfD	-	-	-	-	-0.122	(0.076)
FDP	-	-	-	-	-0.161**	(0.060)
Die Linke	-	-	-	-	0.635***	(0.047)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	0.643***	(0.035)
Andere Partei	-	-	-	-	0.300***	(0.083)
Keine Partei	-	-	-	-	0.229***	(0.046)
Konstante	3.933***	(0.075)	3.950***	(0.075)	3.513***	(0.079)
Anzahl an Beobachtungen	6989		6989		6797	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0.1%-Niveau an.

Tab. A3 OLS-Regressionsergebnisse zum Vorrang des Klimaschutzes vor Wachstum

	Modell I		Modell II		Modell III	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter						
18-29 Jahre						
30-44 Jahre	-0.122	(0.066)	-0.117	(0.066)	-0.016	(0.059)
45-64 Jahre	-0.142*	(0.063)	-0.126*	(0.063)	-0.025	(0.056)
65 Jahre und älter	0.021	(0.064)	0.032	(0.064)	0.111	(0.058)
Männlich	-0.339***	(0.028)	-0.337***	(0.028)	-0.221***	(0.025)
Abitur	0.279***	(0.030)	0.265***	(0.030)	0.134***	(0.028)
Einkommen						
Niedriges Einkommen						
Mittleres Einkommen	-0.227***	(0.059)	-0.216***	(0.059)	-0.121*	(0.054)
Hohes Einkommen	-0.345***	(0.060)	-0.325***	(0.060)	-0.215***	(0.054)
Sehr hohes Einkommen	-0.366***	(0.061)	-0.350***	(0.061)	-0.212***	(0.055)
Raumtyp						
Städtischer Raum						
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.100**	(0.032)	-0.012	(0.029)
Ländlicher Raum	-	-	-0.150***	(0.040)	-0.059	(0.036)
Partei						
CDU/CSU						
SPD	-	-	-	-	0.593***	(0.039)
AfD	-	-	-	-	-0.922***	(0.071)
FDP	-	-	-	-	-0.358***	(0.060)
Die Linke	-	-	-	-	0.844***	(0.051)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	1.151***	(0.034)
Andere Partei	-	-	-	-	0.391***	(0.087)
Keine Partei	-	-	-	-	0.184***	(0.050)
Konstante	3.899***	(0.078)	3.951***	(0.079)	3.329***	(0.076)
Anzahl an Beobachtungen	7106		7106		6905	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1% bzw. 0,1%-Niveau an.

Tab. A4 OLS-Regressionsergebnisse zur Einschränkung des Lebensstandards

	Modell I		Modell II		Modell III	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter						
18-29 Jahre						
30-44 Jahre	-0.045	(0.060)	-0.042	(0.060)	0.034	(0.057)
45-64 Jahre	-0.004	(0.057)	0.004	(0.057)	0.077	(0.054)
65 Jahre und älter	0.147*	(0.058)	0.152**	(0.058)	0.193***	(0.055)
Männlich	-0.359***	(0.025)	-0.358***	(0.025)	-0.263***	(0.024)
Abitur	0.160***	(0.028)	0.154***	(0.028)	0.053*	(0.027)
Einkommen						
Niedriges Einkommen						
Mittleres Einkommen	-0.073	(0.053)	-0.067	(0.053)	-0.028	(0.051)
Hohes Einkommen	-0.152**	(0.053)	-0.142**	(0.054)	-0.104*	(0.051)
Sehr hohes Einkommen	-0.170**	(0.055)	-0.162**	(0.055)	-0.116*	(0.053)
Raumtyp						
Städtischer Raum						
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.039	(0.029)	0.013	(0.028)
Ländlicher Raum	-	-	-0.081*	(0.036)	-0.020	(0.034)
Partei						
CDU/CSU						
SPD	-	-	-	-	0.290***	(0.036)
AfD	-	-	-	-	-0.977***	(0.073)
FDP	-	-	-	-	-0.343***	(0.060)
Die Linke	-	-	-	-	0.360***	(0.050)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	0.731***	(0.033)
Andere Partei	-	-	-	-	0.092	(0.083)
Keine Partei	-	-	-	-	0.041	(0.047)
Konstante	3.928***	(0.070)	3.951***	(0.071)	3.653***	(0.073)
Anzahl an Beobachtungen	7122		7122		6920	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1% bzw. 0,1%-Niveau an.

Tab. A5 OLS-Regressionsergebnisse zum Engagement im Umweltschutz

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.009	(0.017)	0.008	(0.017)	0.009	(0.017)	0.016	(0.018)
45-64 Jahre	0.045**	(0.017)	0.042*	(0.017)	0.043*	(0.017)	0.055**	(0.017)
65 Jahre und älter	0.059***	(0.017)	0.058***	(0.017)	0.051**	(0.017)	0.068***	(0.018)
Männlich	-0.007	(0.008)	-0.008	(0.008)	0.004	(0.008)	0.005	(0.008)
Abitur	0.045***	(0.009)	0.048***	(0.009)	0.040***	(0.009)	0.029***	(0.009)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.006	(0.016)	0.004	(0.016)	0.007	(0.016)	0.012	(0.016)
Hohes Einkommen	0.026	(0.016)	0.023	(0.016)	0.029	(0.016)	0.037*	(0.016)
Sehr hohes Einkommen	0.057***	(0.017)	0.054**	(0.017)	0.065***	(0.016)	0.074***	(0.017)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.015	(0.009)	0.017	(0.009)	0.021*	(0.009)
Ländlicher Raum	-	-	0.029*	(0.011)	0.033**	(0.011)	0.040***	(0.012)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.092***	(0.008)	0.061***	(0.008)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.048***	(0.012)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.008	(0.015)
FDP	-	-	-	-	-	-	0.023	(0.015)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.046**	(0.016)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.126***	(0.013)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.111***	(0.027)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.018	(0.012)
Konstante	0.046*	(0.022)	0.038	(0.022)	-0.017	(0.022)	-0.064**	(0.024)
Anzahl an Beobachtungen	7129		7129		7113		6915	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Ja", 0="Nein".

Tab. A6 OLS-Regressionsergebnisse zur Gerechtigkeit eines Verbots von sozial unerwünschtem Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.049	(0.039)	0.050	(0.039)	0.054	(0.038)	0.057	(0.038)
45-64 Jahre	0.013	(0.037)	0.015	(0.037)	0.010	(0.036)	0.016	(0.037)
65 Jahre und älter	0.060	(0.037)	0.062	(0.037)	0.040	(0.037)	0.042	(0.038)
Männlich	-0.024	(0.017)	-0.023	(0.017)	-0.001	(0.017)	0.003	(0.017)
Abitur	0.044*	(0.018)	0.043*	(0.018)	0.027	(0.018)	0.015	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.033	(0.037)	0.034	(0.037)	0.030	(0.036)	0.028	(0.037)
Hohes Einkommen	0.002	(0.037)	0.004	(0.037)	0.013	(0.036)	0.016	(0.037)
Sehr hohes Einkommen	-0.005	(0.038)	-0.004	(0.038)	0.017	(0.037)	0.016	(0.038)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.008	(0.019)	0.003	(0.018)	0.007	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	-0.014	(0.024)	-0.003	(0.024)	-0.001	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.212***	(0.017)	0.190***	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.032	(0.026)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.138***	(0.039)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.053	(0.034)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.017	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.072**	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.057	(0.047)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.012	(0.030)
Konstante	0.397***	(0.047)	0.400***	(0.048)	0.282***	(0.047)	0.278***	(0.051)
Anzahl an Beobachtungen	3530		3530		3529		3443	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variable: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A7 OLS-Regressionsergebnisse zur Gerechtigkeit einer höheren Bepreisung von sozial unerwünschtem Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	-0.017	(0.039)	-0.018	(0.039)	-0.016	(0.039)	-0.008	(0.039)
45-64 Jahre	0.041	(0.037)	0.039	(0.038)	0.037	(0.038)	0.038	(0.038)
65 Jahre und älter	0.124***	(0.038)	0.123**	(0.038)	0.114**	(0.038)	0.103**	(0.039)
Männlich	-0.026	(0.017)	-0.027	(0.017)	-0.018	(0.017)	-0.016	(0.017)
Abitur	0.069***	(0.018)	0.070***	(0.018)	0.064***	(0.018)	0.062***	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.046	(0.037)	0.045	(0.037)	0.044	(0.037)	0.038	(0.038)
Hohes Einkommen	0.033	(0.037)	0.031	(0.037)	0.035	(0.037)	0.015	(0.038)
Sehr hohes Einkommen	0.088*	(0.038)	0.086*	(0.038)	0.095*	(0.038)	0.062	(0.039)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.013	(0.019)	0.017	(0.019)	0.010	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	0.010	(0.024)	0.015	(0.024)	0.003	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.080***	(0.017)	0.084***	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.061*	(0.026)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.285***	(0.041)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.029	(0.035)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-0.096**	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.064*	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.121*	(0.051)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.097**	(0.031)
Konstante	0.384***	(0.048)	0.379***	(0.048)	0.334***	(0.049)	0.419***	(0.053)
Anzahl an Beobachtungen	3511		3511		3510		3426	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A8 OLS-Regressionsergebnisse zur Ungerechtigkeit einer höheren Bepreisung von sozial unerwünschtem Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	-0.006	(0.039)	-0.007	(0.039)	-0.007	(0.039)	-0.015	(0.039)
45-64 Jahre	-0.040	(0.037)	-0.042	(0.037)	-0.042	(0.037)	-0.047	(0.037)
65 Jahre und älter	-0.108**	(0.037)	-0.110**	(0.038)	-0.112**	(0.037)	-0.109**	(0.038)
Männlich	0.020	(0.017)	0.020	(0.017)	0.022	(0.017)	0.020	(0.017)
Abitur	-0.019	(0.018)	-0.018	(0.018)	-0.019	(0.018)	-0.024	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.076*	(0.036)	-0.077*	(0.036)	-0.078*	(0.036)	-0.078*	(0.036)
Hohes Einkommen	-0.085*	(0.036)	-0.087*	(0.036)	-0.086*	(0.036)	-0.070	(0.036)
Sehr hohes Einkommen	-0.166***	(0.037)	-0.168***	(0.037)	-0.167***	(0.037)	-0.140***	(0.038)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.015	(0.019)	0.016	(0.019)	0.024	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	0.006	(0.024)	0.007	(0.024)	0.012	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.021	(0.017)	0.008	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.103***	(0.027)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.174***	(0.045)
FDP	-	-	-	-	-	-	0.051	(0.036)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.142***	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.083**	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.182***	(0.048)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.085**	(0.030)
Konstante	0.697***	(0.047)	0.692***	(0.047)	0.680***	(0.048)	0.601***	(0.052)
Anzahl an Beobachtungen	3517		3517		3516		3433	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A9 OLS-Regressionsergebnisse zur Gerechtigkeit einer Verordnung für sozial erwünschtes Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.025	(0.040)	0.024	(0.040)	0.027	(0.039)	0.017	(0.040)
45-64 Jahre	0.019	(0.038)	0.021	(0.038)	0.026	(0.037)	0.021	(0.039)
65 Jahre und älter	0.098*	(0.038)	0.098**	(0.038)	0.094*	(0.038)	0.079*	(0.039)
Männlich	-0.018	(0.017)	-0.018	(0.017)	0.001	(0.017)	0.012	(0.018)
Abitur	0.004	(0.018)	0.001	(0.018)	-0.013	(0.018)	-0.013	(0.019)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.023	(0.037)	0.026	(0.037)	0.038	(0.037)	0.045	(0.038)
Hohes Einkommen	0.023	(0.037)	0.027	(0.037)	0.042	(0.037)	0.044	(0.038)
Sehr hohes Einkommen	0.032	(0.038)	0.035	(0.038)	0.053	(0.037)	0.052	(0.038)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.015	(0.019)	-0.014	(0.019)	-0.017	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	-0.051*	(0.024)	-0.046*	(0.023)	-0.049*	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.128***	(0.017)	0.117***	(0.019)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.035	(0.027)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.148***	(0.038)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.081*	(0.035)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-0.021	(0.036)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.018	(0.027)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.061	(0.050)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.083**	(0.031)
Konstante	0.403***	(0.047)	0.417***	(0.048)	0.334***	(0.049)	0.379***	(0.053)
Anzahl an Beobachtungen	3462		3462		3456		3349	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A10 OLS-Regressionsergebnisse zur Gerechtigkeit einer Subventionierung von sozial erwünschtem Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	-0.080*	(0.036)	-0.080*	(0.036)	-0.077*	(0.035)	-0.073*	(0.036)
45-64 Jahre	-0.109**	(0.034)	-0.105**	(0.034)	-0.101**	(0.034)	-0.098**	(0.034)
65 Jahre und älter	-0.063	(0.034)	-0.062	(0.034)	-0.066	(0.034)	-0.077*	(0.035)
Männlich	-0.065**	(0.016)	-0.065**	(0.016)	-0.048**	(0.016)	-0.042*	(0.017)
Abitur	0.056**	(0.018)	0.051**	(0.018)	0.038*	(0.018)	0.039**	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.005	(0.035)	0.008	(0.035)	0.018	(0.035)	0.007	(0.036)
Hohes Einkommen	-0.035	(0.035)	-0.029	(0.035)	-0.016	(0.035)	-0.032	(0.036)
Sehr hohes Einkommen	-0.019	(0.036)	-0.015	(0.036)	0.002	(0.036)	-0.015	(0.037)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.026	(0.018)	-0.024	(0.018)	-0.012	(0.018)
Ländlicher Raum	-	-	-0.066**	(0.023)	-0.062**	(0.023)	-0.049*	(0.023)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.117***	(0.016)	0.090***	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.075**	(0.025)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.107**	(0.040)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.035	(0.035)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.027	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.039	(0.025)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.012	(0.049)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.030	(0.031)
Konstante	0.744***	(0.043)	0.765***	(0.044)	0.690***	(0.045)	0.699***	(0.049)
Anzahl an Beobachtungen	3472		3472		3466		3356	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A11 OLS-Regressionsergebnisse zur Ungerechtigkeit einer Subventionierung von sozial erwünschtem Verhalten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.085**	(0.031)	0.085**	(0.031)	0.082**	(0.031)	0.061	(0.032)
45-64 Jahre	0.156***	(0.030)	0.153***	(0.030)	0.152***	(0.030)	0.134***	(0.031)
65 Jahre und älter	0.230***	(0.031)	0.228***	(0.031)	0.227***	(0.031)	0.210***	(0.032)
Männlich	0.059***	(0.016)	0.059***	(0.016)	0.059***	(0.016)	0.055**	(0.017)
Abitur	-0.045*	(0.017)	-0.040*	(0.018)	-0.041*	(0.018)	-0.043*	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.021	(0.035)	-0.024	(0.035)	-0.024	(0.036)	-0.030	(0.036)
Hohes Einkommen	-0.036	(0.035)	-0.041	(0.035)	-0.041	(0.035)	-0.043	(0.036)
Sehr hohes Einkommen	-0.040	(0.035)	-0.045	(0.036)	-0.046	(0.036)	-0.049	(0.037)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.033	(0.018)	0.032	(0.018)	0.025	(0.018)
Ländlicher Raum	-	-	0.039	(0.023)	0.040	(0.023)	0.031	(0.023)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.001	(0.016)	0.032	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.065*	(0.026)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.070	(0.040)
FDP	-	-	-	-	-	-	0.007	(0.035)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-0.052	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.073**	(0.025)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.044	(0.047)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.042	(0.030)
Konstante	0.202***	(0.041)	0.183***	(0.042)	0.184***	(0.043)	0.228***	(0.047)
Anzahl an Beobachtungen	3399		3399		3393		3288	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A12 OLS-Regressionsergebnisse zur Präferenz für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrswende.

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.030	(0.030)	0.031	(0.030)	0.035	(0.042)	0.037	(0.042)
45-64 Jahre	-0.060*	(0.029)	-0.056	(0.029)	-0.048	(0.041)	-0.050	(0.041)
65 Jahre und älter	-0.093**	(0.029)	-0.090**	(0.029)	-0.101*	(0.041)	-0.095**	(0.042)
Männlich	-0.039**	(0.014)	-0.039**	(0.014)	-0.025	(0.020)	-0.013	(0.020)
Abitur	0.016	(0.015)	0.013	(0.015)	0.021	(0.021)	0.016	(0.021)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.057	(0.030)	-0.054	(0.031)	-0.032	(0.044)	-0.030	(0.044)
Hohes Einkommen	-0.115***	(0.030)	-0.111***	(0.030)	-0.102*	(0.043)	-0.097**	(0.044)
Sehr hohes Einkommen	-0.142***	(0.031)	-0.138***	(0.031)	-0.130**	(0.044)	-0.115*	(0.045)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.024	(0.015)	-0.012	(0.021)	-0.005	(0.022)
Ländlicher Raum	-	-	-0.036	(0.020)	-0.037	(0.028)	-0.034	(0.028)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.092***	(0.020)	0.060**	(0.021)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.100***	(0.020)	0.101***	(0.020)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.092**	(0.030)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.094	(0.064)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.060	(0.041)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.125**	(0.039)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.094**	(0.029)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.127*	(0.059)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.113**	(0.037)
Konstante	0.627***	(0.038)	0.639***	(0.038)	0.509***	(0.056)	0.446***	(0.060)
Anzahl an Beobachtungen	5274		5274		2629		2586	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Verbot der Neuzulassung von Autos mit Benzin- oder Dieselmotor ab dem Jahr 2030", 0="Alljährliche Erhöhung der staatlichen Abgaben auf die Benzin- und Dieselpreise, bspw. um 5 Cent/Liter".

Tab. A13 OLS-Regressionsergebnisse zur Präferenz für Maßnahmen im Rahmen der Reduktion der Schadstoffbelastung in Innenstädten.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.003	(0.027)	0.002	(0.027)	-0.003	(0.038)	-0.008	(0.039)
45-64 Jahre	-0.003	(0.026)	-0.006	(0.026)	-0.013	(0.037)	-0.021	(0.037)
65 Jahre und älter	0.026	(0.026)	0.024	(0.026)	0.031	(0.037)	0.021	(0.038)
Männlich	-0.044***	(0.012)	-0.045***	(0.012)	-0.071***	(0.017)	-0.074***	(0.017)
Abitur	-0.058***	(0.013)	-0.056***	(0.013)	-0.052**	(0.018)	-0.044*	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.026	(0.024)	-0.028	(0.024)	-0.018	(0.035)	-0.016	(0.036)
Hohes Einkommen	-0.081***	(0.025)	-0.085***	(0.025)	-0.090*	(0.036)	-0.089*	(0.037)
Sehr hohes Einkommen	-0.118***	(0.025)	-0.121***	(0.025)	-0.118**	(0.037)	-0.106**	(0.038)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.021	(0.013)	0.036	(0.019)	0.034	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	0.022	(0.017)	0.020	(0.024)	0.022	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	-0.035*	(0.017)	-0.029	(0.018)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.026	(0.017)	0.030	(0.017)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.007	(0.026)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.021	(0.051)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.105**	(0.037)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-0.014	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.061*	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.045	(0.052)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.011	(0.030)
Konstante	0.782***	(0.032)	0.772***	(0.032)	0.781***	(0.048)	0.801***	(0.051)
Anzahl an Beobachtungen	6374		6374		3180		3114	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1% bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Fahrverbote für Autos mit besonders hohem Schadstoffausstoß (z.B. für alle Dieselfahrzeuge)", 0="Straßennutzungsgebühren ("City-Maut") für die Innenstädte".

Tab. A14 OLS-Regressionsergebnisse zur Präferenz für Maßnahmen im Rahmen der Wärmewende.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.009	(0.020)	0.010	(0.020)	0.024	(0.028)	0.033	(0.028)
45-64 Jahre	-0.059**	(0.019)	-0.054**	(0.019)	-0.041	(0.026)	-0.032	(0.026)
65 Jahre und älter	-0.086***	(0.018)	-0.082***	(0.018)	-0.069**	(0.026)	-0.057*	(0.026)
Männlich	-0.004	(0.007)	-0.004	(0.007)	-0.001	(0.010)	0.000	(0.011)
Abitur	0.035***	(0.007)	0.030***	(0.007)	0.025*	(0.010)	0.021*	(0.010)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.025	(0.017)	-0.021	(0.017)	-0.034	(0.024)	-0.031	(0.025)
Hohes Einkommen	-0.043*	(0.017)	-0.037*	(0.017)	-0.031	(0.024)	-0.033	(0.025)
Sehr hohes Einkommen	-0.031	(0.018)	-0.025	(0.018)	-0.014	(0.025)	-0.014	(0.026)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.043***	(0.008)	-0.043***	(0.012)	-0.044***	(0.012)
Ländlicher Raum	-	-	-0.042***	(0.010)	-0.041**	(0.014)	-0.037**	(0.014)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.032**	(0.010)	0.018	(0.011)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.059***	(0.010)	0.058***	(0.011)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.009	(0.014)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.006	(0.026)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.009	(0.019)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.019	(0.020)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.063***	(0.017)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.014	(0.029)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.012	(0.018)
Konstante	0.157***	(0.023)	0.177***	(0.024)	0.124***	(0.033)	0.112**	(0.035)
Anzahl an Beobachtungen	6697		6697		3322		3243	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%, 1% bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Verbot von Heizungstechnologien auf Basis fossiler Brennstoffe (z.B. Verbot von Erdgasheizungen)", 0="Stärkere finanzielle Förderung alternativer Energietechnologien zur Wärmeerzeugung (z.B. Wärmepumpe, Solarthermie)".

Tab. A15 OLS-Regressionsergebnisse zur Verantwortung von Hersteller/innen und Verbraucher/innen in Bezug auf klimaschädliche Konsumgüter.

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	-0.008	(0.020)	-0.008	(0.020)	-0.028	(0.029)	-0.032	(0.029)
45-64 Jahre	-0.076***	(0.020)	-0.076***	(0.020)	-0.090**	(0.028)	-0.094**	(0.029)
65 Jahre und älter	-0.099***	(0.020)	-0.098***	(0.020)	-0.104***	(0.029)	-0.110***	(0.030)
Männlich	-0.068***	(0.010)	-0.068***	(0.010)	-0.072***	(0.014)	-0.072***	(0.014)
Abitur	-0.018	(0.011)	-0.019	(0.011)	-0.037*	(0.015)	-0.035*	(0.016)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.019	(0.020)	-0.018	(0.020)	0.018	(0.031)	0.019	(0.032)
Hohes Einkommen	-0.035	(0.020)	-0.035	(0.020)	-0.005	(0.031)	0.001	(0.032)
Sehr hohes Einkommen	-0.073***	(0.021)	-0.072***	(0.021)	-0.041	(0.032)	-0.030	(0.033)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.013	(0.011)	-0.017	(0.016)	-0.013	(0.016)
Ländlicher Raum	-	-	0.001	(0.014)	-0.013	(0.020)	-0.012	(0.020)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.034*	(0.015)	0.024	(0.016)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.067***	(0.014)	0.067***	(0.015)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.036	(0.023)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.032	(0.043)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.070*	(0.034)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.088***	(0.027)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.024	(0.022)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.071	(0.038)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.019	(0.026)
Konstante	0.938***	(0.024)	0.943***	(0.025)	0.885***	(0.039)	0.865***	(0.043)
Anzahl an Beobachtungen	6845		6845		3378		3298	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Hersteller/innen sollten keine klimaschädlichen Produkte auf den Markt bringen", 0="Verbraucher/innen sollten keine klimaschädlichen Produkte nachfragen".

Tab. A16 OLS-Regressionsergebnisse zur Verantwortung von Staat und Finanzmarkt in Bezug auf klimaschädliche Projekte.

	Modell I		Modell II		Modell III		Model IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.015	(0.028)	0.017	(0.028)	-0.023	(0.038)	-0.020	(0.038)
45-64 Jahre	-0.047	(0.027)	-0.043	(0.027)	-0.079*	(0.036)	-0.073*	(0.036)
65 Jahre und älter	-0.038	(0.027)	-0.035	(0.027)	-0.083*	(0.037)	-0.073*	(0.037)
Männlich	0.020	(0.012)	0.020	(0.012)	0.065***	(0.017)	0.066***	(0.018)
Abitur	0.041**	(0.013)	0.037**	(0.013)	0.010	(0.018)	-0.000	(0.019)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.024	(0.027)	-0.021	(0.027)	0.006	(0.038)	0.010	(0.038)
Hohes Einkommen	-0.041	(0.027)	-0.036	(0.027)	0.005	(0.038)	0.017	(0.039)
Sehr hohes Einkommen	-0.035	(0.027)	-0.031	(0.027)	0.021	(0.038)	0.033	(0.040)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.037**	(0.014)	-0.020	(0.019)	-0.013	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	-0.029	(0.017)	0.013	(0.024)	0.019	(0.024)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.157***	(0.018)	0.131***	(0.019)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.162***	(0.017)	0.151***	(0.018)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.050	(0.027)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.045	(0.053)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.025	(0.038)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.112**	(0.035)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.108***	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.077	(0.050)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.051	(0.031)
Konstante	0.533***	(0.034)	0.549***	(0.034)	0.376***	(0.049)	0.335***	(0.052)
Anzahl an Beobachtungen	6644		6644		3282		3204	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Der Staat sollte klimaschädliche Projekte verbieten", 0="Der Finanzmarkt sollte keine klimaschädlichen Projekte finanzieren".

Tab. A17 OLS-Regressionsergebnisse zur Einschätzung der Effektivität von Verbot und Bepreisung zur Erreichung einer klimaneutralen Wirtschaft.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.047	(0.028)	0.047	(0.028)	0.066	(0.039)	0.060	(0.039)
45-64 Jahre	0.087**	(0.027)	0.087**	(0.027)	0.083*	(0.038)	0.078*	(0.038)
65 Jahre und älter	0.096***	(0.027)	0.096***	(0.027)	0.090*	(0.038)	0.087*	(0.039)
Männlich	-0.064***	(0.012)	-0.064***	(0.012)	-0.057**	(0.017)	-0.062***	(0.018)
Abitur	-0.074***	(0.013)	-0.074***	(0.013)	-0.081***	(0.018)	-0.084***	(0.018)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.021	(0.027)	0.021	(0.027)	0.014	(0.037)	0.008	(0.038)
Hohes Einkommen	-0.015	(0.027)	-0.015	(0.027)	-0.028	(0.037)	-0.028	(0.038)
Sehr hohes Einkommen	-0.056*	(0.027)	-0.056*	(0.027)	-0.061	(0.038)	-0.050	(0.039)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	0.003	(0.014)	0.010	(0.019)	0.008	(0.019)
Ländlicher Raum	-	-	-0.007	(0.017)	0.013	(0.024)	0.010	(0.025)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.086***	(0.018)	0.093***	(0.019)
Verbot gerecht	-	-	-	-	0.154***	(0.017)	0.157***	(0.017)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.037	(0.027)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.085	(0.052)
FDP	-	-	-	-	-	-	-0.048	(0.037)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.044	(0.034)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.037	(0.026)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.023	(0.050)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.000	(0.031)
Konstante	0.563***	(0.034)	0.563***	(0.034)	0.450***	(0.050)	0.464***	(0.053)
Anzahl an Beobachtungen	6679		6679		3307		3231	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Verbot von Investitionen in klimaschädliche Projekte", 0="Besteuerung der Erträge aus klimaschädlichen Investitionen".

Tab. A18 OLS-Regressionsergebnisse zur intergenerationalen Verteilung der Kosten der Klimaschutzmaßnahmen – Zukünftige Generationen sollten die finanzielle Last nicht tragen müssen.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.012	(0.028)	0.013	(0.028)	0.016	(0.026)	0.029	(0.027)
45-64 Jahre	-0.059*	(0.026)	-0.057*	(0.026)	-0.056*	(0.025)	-0.043	(0.025)
65 Jahre und älter	-0.007	(0.027)	-0.005	(0.027)	-0.026	(0.025)	-0.010	(0.026)
Männlich	-0.045***	(0.012)	-0.045***	(0.012)	-0.008	(0.012)	-0.001	(0.012)
Abitur	0.062***	(0.013)	0.060***	(0.013)	0.035**	(0.012)	0.018	(0.013)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	0.025	(0.026)	0.027	(0.026)	0.037	(0.025)	0.038	(0.026)
Hohes Einkommen	0.026	(0.026)	0.029	(0.026)	0.050*	(0.025)	0.044	(0.026)
Sehr hohes Einkommen	0.036	(0.026)	0.039	(0.027)	0.072**	(0.026)	0.066*	(0.026)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.022	(0.013)	-0.014	(0.013)	-0.010	(0.013)
Ländlicher Raum	-	-	-0.014	(0.017)	-0.001	(0.016)	0.002	(0.016)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	0.284***	(0.012)	0.239***	(0.013)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	0.068***	(0.018)
AfD	-	-	-	-	-	-	-0.089**	(0.028)
FDP	-	-	-	-	-	-	0.024	(0.024)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	0.026	(0.024)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	0.165***	(0.018)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	0.047	(0.035)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	0.018	(0.021)
Konstante	0.489***	(0.033)	0.498***	(0.034)	0.329***	(0.033)	0.296***	(0.036)
Anzahl an Beobachtungen	7031		7031		7024		6828	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Tab. A19 OLS-Regressionsergebnisse zur intergenerationalen Verteilung der Kosten der Klimaschutzmaßnahmen
– Zukünftige Generationen sollten an den Kosten beteiligt werden.

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler	Koeffizient	Std.-Fehler
Alter								
18-29 Jahre								
30-44 Jahre	0.002	(0.024)	0.002	(0.024)	0.002	(0.024)	-0.011	(0.024)
45-64 Jahre	0.085***	(0.023)	0.086***	(0.024)	0.086***	(0.023)	0.068**	(0.024)
65 Jahre und älter	0.153***	(0.024)	0.153***	(0.024)	0.165***	(0.024)	0.148***	(0.024)
Männlich	0.062***	(0.011)	0.062***	(0.011)	0.043***	(0.011)	0.035**	(0.012)
Abitur	-0.057***	(0.012)	-0.057***	(0.012)	-0.045***	(0.012)	-0.034**	(0.012)
Einkommen								
Niedriges Einkommen								
Mittleres Einkommen	-0.051*	(0.025)	-0.051*	(0.025)	-0.054*	(0.025)	-0.066*	(0.025)
Hohes Einkommen	-0.048	(0.025)	-0.048	(0.025)	-0.058*	(0.025)	-0.067**	(0.025)
Sehr hohes Einkommen	-0.057*	(0.025)	-0.056*	(0.026)	-0.072**	(0.025)	-0.082**	(0.026)
Raumtyp								
Städtischer Raum								
Halbstädtischer Raum	-	-	-0.006	(0.013)	-0.010	(0.013)	-0.020	(0.013)
Ländlicher Raum	-	-	-0.004	(0.016)	-0.011	(0.016)	-0.019	(0.016)
Hohes Umweltbewusstsein	-	-	-	-	-0.147***	(0.011)	-0.103***	(0.012)
Partei								
CDU/CSU								
SPD	-	-	-	-	-	-	-0.069***	(0.018)
AfD	-	-	-	-	-	-	0.077*	(0.030)
FDP	-	-	-	-	-	-	0.030	(0.025)
Die Linke	-	-	-	-	-	-	-0.049*	(0.023)
Bündnis 90/Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-0.149***	(0.017)
Andere Partei	-	-	-	-	-	-	-0.051	(0.033)
Keine Partei	-	-	-	-	-	-	-0.041*	(0.021)
Konstante	0.312***	(0.030)	0.314***	(0.031)	0.401***	(0.031)	0.458***	(0.034)
Anzahl an Beobachtungen	7029		7029		7022		6827	

Hinweis: *, **, *** geben statistische Signifikanz auf dem 5%-, 1%- bzw. 0,1%-Niveau an; Kodierung der abhängigen Variablen: 1="Stimme voll und ganz/eher zu", 0="Stimme überhaupt nicht/eher nicht zu/Weder noch".

Literatur

ADAC (2021) Umfrage zu verkehrspolitischen Themen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen. ADAC Markt- und Meinungsforschung, [PowerPoint Presentation \(adac.de\)](#)

Baerbock, A., Habeck, R. (2021) Klima retten, Menschen schützen. Klimaschutz-Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung. <https://www.gruene.de/artikel/klimaschutz-sofortprogramm>

Cherry, T. L., Kallbekken, S., Kroll, S. (2012) The acceptability of efficiency-enhancing environmental taxes, subsidies and regulation: An experimental investigation. *Environmental Science & Policy*, 16, 90-96.

Dena (22.02.2021) Verkehrswende-Umfrage: Verbraucher offen für politische Maßnahmen im Verkehrssektor. Abgerufen unter [Verkehrswende-Umfrage: Verbraucher offen für politische Maßnahmen im Verkehrssektor – Deutsche Energie-Agentur \(dena\)](#)

Destatis (2020) Eigentümerquote nach Bundesländern – Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eigentuemersquote-nach-bundeslaender>

Destatis (2021) Fachserie 1 - Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. [Fachserie 1 - Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

Faure, C., Guetlein, M. C., Schleich, J., Tu, G., Whitmarsh, L., Whittle, C. (2022) Household acceptability of energy efficiency policies in the European Union: Policy characteristics, trade-offs and the role of trust in government and environmental identity. *Ecological Economics*, 192, 107267.

Frondel, M., Helmers, V., Mattauch, M., Pahle, M., Sommer, S., Schmidt, C.M., Edenhofer, O. (2021) Akzeptanz der CO₂-Bepreisung in Deutschland: Evidenz für private Haushalte vor Einführung des CO₂-Preises. RWI-Materialien Diskussionspapier Nr. 147. Erscheint in den Perspektiven der Wirtschaftspolitik.

Ingold, K., Stadelmann-Steffen, I., Kammermann, L. (2019). The acceptance of instruments in instrument mix situations: Citizens' perspective on Swiss energy transition. *Research Policy*, 48(10), 103694.

Rinscheid, A., Pianta, S., & Weber, E. U. (2020). Fast track or Slo-Mo? Public support and temporal preferences for phasing out fossil fuel cars in the United States. *Climate Policy*, 20(1), 30-45.

Umweltbundesamt (2021) Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Umweltbundesamt, Dessau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1/dokumente/factsheet_zentrale_ergebnisse_umweltbewusstsein_2020_0.pdf

IASS (2021) Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende. Institut für transformative Nachhaltigkeitspolitik, Potsdam. <https://www.iass-potsdam.de/de/barometer/data-explorer/>